

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. März 1979

am Donnerstag, dem 8. März 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	12, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	15, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	16, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	17, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . .	3, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	2, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	9, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	19, 44 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	5, 44 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	21, 44 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . .	2, 46 *)

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien.

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

1. Abgeordneter
Dr. Stark
(Nürtingen)
(CDU/CSU) Worauf gründet der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Antje Huber, ihre Behauptungen, wie sie im Pressedienst des Ministeriums vom 12. Februar 1979 aufgestellt wird, wonach pro Jahr vier Millionen Frauen von ihren Ehemännern körperlich mißhandelt würden und die Kinder fast immer dabei seien?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Rahmen des Modellversuchsprogrammes des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft vom 9. März 1978 zur Berufsausbildung von Mädchen in gewerblich/technischen Berufen die Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechaniker auf Grund der technologischen Entwicklung für Mädchen förderungswürdig und geeignet ist, dem nach wie vor in diesem Beruf herrschenden akuten Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken?
3. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, insbesondere den mittelständischen Ausbildungsbetrieben dieser Branche, die in den meisten Fällen nicht über die nötigen Sozialräume für weibliche Belegschaftsmitglieder verfügen, bei der Erstellung solcher Räume im Rahmen des o. g. Modellversuchsprogramms durch Unterstützung mit Bundesmitteln bis zur Höhe von 75 v. H. versuchsbedingten Mehrkosten behilflich zu sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

4. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Auflösung der Rebsortenprüfstelle Bad Kreuznach eine Entscheidung darstellt, die für die nördlichen Weinbaugebiete von Rheinland-Pfalz von Nachteil ist, weil damit die EWG-Verordnung Nr. 2005/70 vom 6. Dezember 1970 nicht mehr erfüllt wird, da für eine Klassifizierung einer Keltertraubensorte die vorgeschriebene Prüfung dieser Rebsorte — unter anderem an mindestens zwei, nach ökologischen Gegebenheiten unterschiedlichen Orten — nicht mehr möglich ist?
5. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage, zu dem auf Seite 27 Nummer 68 des Agrarberichts 1979 angegebenen Abstand des Landarbeiterlohns zum Vergleichslohn von 27,6 v. H. gesondert auch die Disparität der landwirtschaftlichen Betriebe, die diese Arbeitnehmer beschäftigen, zu nennen, und wenn ja, wie hoch ist der Abstand?

6. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wenn nein, kann sie diese Vergleichszahlen im nächsten Agrarbericht mit ausweisen?
7. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Was ist das Ergebnis der angekündigten Bemühungen von Bundesminister Ertl, im Zusammenhang mit dem Urteil eines Berliner Amtsgerichts, das einen Ponyhofbesitzer mit einer Geldbuße von 10 000 DM belegte, weil dieser Kinder Ponys pflegen und Stallungen säubern ließ, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung bezüglich des Jugendarbeitsschutzgesetzes, damit nicht durch derartige Entscheidungen sinnvolle Beschäftigung von Jugendlichen verhindert wird und zum Müßiggang mit all den bekannten Folgen zwingt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordnete
Frau
Dr. Riede
(Oeffingen)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es im Ausland Beratungsbüros für ehemalige Bundesbürger gibt, die sich anbieten, bei der Durchsetzung der Rentenansprüche gegen deutsche Sozialversicherungsträger für Entgelt behilflich zu sein, und können im Ausland lebende ehemalige deutsche Bürger ihre Rentenansprüche gegen deutsche Sozialversicherungsträger mit Hilfe der deutschen Konsularbeamten oder auf anderem Weg kostenlos geltend machen?
9. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung — obwohl nach allgemeiner Auffassung „Mutterschaft keine Krankheit“ ist — noch immer für richtig bzw. zumutbar, daß die Krankenversicherten auch weiterhin den größten Teil der Kosten für das für die Zeit des Beschäftigungsverbots nach § 3 (für werdende Mütter) und § 6 (nach der Entbindung) des Mutterschutzgesetzes zu gewährende Nettoentgelt in Form des Mutterschaftsgelds tragen müssen?
10. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Wäre es angesichts der seit 1968 (Inkrafttreten des Finanzänderungsgesetzes 1967) zu verzeichnenden Lohnentwicklung und des Steuer- insbesondere Lohnsteueraufkommens nicht in erster Linie gerechtfertigt, den ursprünglichen § 13 des Mutterschutzgesetzes und den § 200a RVO wiederherzustellen, d. h., daß das Mutterschaftsgeld „zu Lasten des Bundes“ zu gewähren und nicht auf höchstens 25 DM je Kalendertag zu begrenzen ist und der Unterschiedsbetrag bis zum Nettoentgelt entsprechend dem internationalen Übereinkommen Nr. 103 nicht allein vom Arbeitgeber zu tragen ist, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?
11. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren bei der Anwendung von Asbest, und welche Maßnahmen gedenkt sie in Zukunft dagegen zu ergreifen?
12. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) Gibt es vom Bund geförderte Forschungsaufträge darüber, Asbest durch einen anderen Stoff zu ersetzen, und wenn ja, liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Textilglas dieser Stoff sein könnte?

13. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Werden die Rechtsbevollmächtigten des Schutzverbandes für Impfgeschädigte e. V. vor den Sozialgerichten infolge von bundesrechtlichen Regelungen anders behandelt als Rechtsbevollmächtigte der Kriegsopferverbände, und wenn ja, welche Gründe gibt es für diese unterschiedliche Regelung?
14. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Prozeßvertretungsbefugnis aller Verbände vor den Sozialgerichten einheitlich zu regeln, und wann ist gegebenenfalls mit der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs zu rechnen?
15. Abgeordneter
Augstein
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung der Vorschriften über die Anerkennung der abgeleisteten Wehrdienstzeit für die Rentenversicherung dahin gehend, daß auch den Deutschen, die nach 1945 ihren Wehrdienst in der CSSR abgeleistet haben, diese Wehrdienstzeit rentenversicherungsmäßig anerkannt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

16. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß die UdSSR — wie Pressemeldungen zu entnehmen ist — zwei neue Interkontinentalbomber entwickelt, wovon einer den Backfirebomber (TU 26) ablöst und bereits 1982 operationsfähig ist mit den gleichen Merkmalen und Fähigkeiten, die der 1977 gestoppte B-1-Bomber der USA haben sollte, und der andere den TU-95 (NATO: Bear), dessen bisherige Reichweite 7 800 Meilen auf 10 000 Meilen gesteigert werden soll und der 1983 einsatzbereit ist?
17. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Bülesheim
(CDU/CSU) Kann und wird die Stornierung des Auftrags für AWACS-Flugzeuge durch die Regierung des Iran für die NATO zu einer Verteuerung ihres AWACS-Beschaffungsprogramm führen, und kann dies auch zu einer Veränderung oder Stornierung des AWACS-Auftrags der NATO führen?
18. Abgeordneter
Brandt (Grolsheim)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Wehrpflichtige, deren Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer begann, bevor die Zivildienstnovelle von 1977 in Kraft trat, deren Verfahren dann während der Geltungsdauer des Gesetzes eingestellt wurde, um nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wieder aufgenommen zu werden, nun ihren Einberufungsbefehl erhalten, bevor für das wiederaufzunehmende Verfahren auch nur ein Termin anberaumt ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
19. Abgeordneter
Brandt (Grolsheim)
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, daß ein seit Jahren anhängiges, auf Grund der unterschiedlichen Rechtslage noch nicht abgeschlossenes Verfahren, nicht kurzerhand dadurch beendet wird, daß ein Einberufungsbescheid ergeht?

20. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist es auf die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung zurückzuführen oder welche anderen Gründe sind dafür maßgeblich, daß das Kreiswehersatzamt Aschaffenburg für den Termin 2. April 1979 Wehrpflichtige aus Stadt und Landkreis Aschaffenburg und dem Landkreis Miltenberg überwiegend in Standorte, die 200 und mehr Kilometer vom Heimatort entfernt sind, einberuft und dem Kreiswehersatzamt Aschaffenburg in den großen unterfränkischen Standorten Veitshöchheim und Hammelburg, wie bisher üblich, Plätze nicht mehr zur Verfügung stehen, und aus welchen Einzugsgebieten werden die in den genannten Standorten benötigten Wehrpflichtigen einberufen?
21. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Sind derartige Abweichungen von der bisherigen Einberufungspraxis auch bei anderen Kreiswehersatzämtern zu verzeichnen, und falls das zutrifft, welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um dem Prinzip einer möglichst heimatnahen Einberufung Rechnung zu tragen?
22. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt es abgelehnt hat, Flugzeuge oder Raketen bereitzustellen, mit denen im Verteidigungsfall amerikanische Sprengköpfe auf sowjetisches Territorium transportiert werden könnten, und wie ist gegebenenfalls eine solche Haltung vereinbar mit einer wirksamen Verteidigung unseres Staats, dessen Territorium auf Grund der im US-Kongreß festgestellten mangelnden Feuerkraft der NATO-Verbände und wegen der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten sowjetischen SS-20-Raketen äußerst gefährdet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

23. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen den regierungsamtlichen Aussagen, daß die „DDR“-Organe „... Personen, die nach ihrem Recht Straftaten gegen das Leben, vorsätzliche Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit des Menschen oder schwere Straftaten gegen Eigentum und Vermögen begangen haben“ nur zurückweisen dürfen, und den jetzt notwendigen Korrekturen, daß der in Frage kommende Personenkreis vorher Erkundigungen bei den Dienststellen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen einholen solle, und wenn ja, wie erklärt sie ihn?
24. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung gegen den offensichtlichen Bruch des Transitabkommens durch die Festnahme eines solchen Straftäters Protest eingelegt, und welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, wenn diese Person nicht unverzüglich freigelassen wird?
25. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Verhaftung des Transitreisenden Joachim Solga 1974 auf den Transitwegen und in der Nichtinformierung der Bundesregierung über diesen Fall eine Verletzung des Transitabkommens, die vor die Transitkommission gebracht werden muß, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß noch weitere Transitreisende in „DDR“-Gefängnissen oder Zuchthäusern inhaftiert sind?

26. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Geheimgespräche, die im November 1978 zwischen der SPD und der kommunistischen SED Mitteldeutschlands in Algerien stattgefunden haben sollen, initiiert oder autorisiert, und hat die Bundesregierung gegebenenfalls über den Verlauf und etwaige Ergebnisse der Gespräche Kenntnis erhalten?
27. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Hat der Bundeskanzler gegenüber der französischen Zeitung „France Soir“ geäußert, er glaube nicht, daß uns die Geschichte in diesem Jahrhundert die Chance bieten könnte, zu einer Wiedervereinigung des Deutschen Volks zu gelangen, und wenn ja, welche Bedeutung im Gesamtzusammenhang der Deutschlandpolitik der Bundesregierung hat diese Äußerung des Bundeskanzlers, und besteht nicht die Gefahr, daß die Deutschen jenseits des eisernen Vorhangs durch eine derartige Äußerung des Bundeskanzlers entmutigt und in die Resignation getrieben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

28. Abgeordneter
Batz
(SPD) Trifft es zu, daß infolge Fehlens einer „Behördenpassage-Anweisung“ oder eindeutiger Erlasse bei Flugreisen von Bundesbediensteten Manipulationen zum Nachteil des Bundes möglich sind?
29. Abgeordneter
Batz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß weltweit nahezu ausnahmslos für Staatsbedienstete grundsätzlich bargeldloser Flugscheinerwerb für die jeweilige nationale Fluggesellschaft vorgeschrieben ist, und welche Gründe sprechen dagegen, auch in der Bundesrepublik Deutschland eine derartige Regelung einzuführen?
30. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob das Bundesgebiet ausreichend mit Katastrophalarmwarngeräten (Sirenen) ausgerüstet ist und wieviel der installierten Warngeräte sich in einem nicht betriebsfähigen Zustand befinden, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eventuell vorhandene Mängel zu beseitigen?
31. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung das gegenwärtige System der Wartung von Geräten des erweiterten Katastrophalarms, soweit sie bei örtlichen Feuerwehren stationiert sind, durch Zentralstellen für geeignet, oder ist daran gedacht, diese Wartung dezentral zu organisieren, um unnötigen Aufwand zu vermeiden?
32. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Erfolgt das gerichtliche Vorgehen des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Horst Herold, gegen den Datenschutzexperten Professor Wilhelm Steinmüller wegen dessen kritischer Äußerungen über das Informations- und Überwachungssystem der Bundesrepublik Deutschland mit Einwilligung oder stillschweigender Billigung der Bundesregierung, oder liegt eine private Initiative des Präsidenten des Bundeskriminalamts vor?
33. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um in Verhandlungen mit der DDR das Problem der Versalzung von Werra und Weser durch die Kaligruben in der DDR zur Sprache zu bringen?

34. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD) Welche Lösungsmöglichkeiten zeichnen sich gegebenenfalls ab?
35. Abgeordneter **Schäfer** (Offenburg) (SPD) Wird die Bundesregierung den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die erhöhte Strahlengefährdung von Kleinkindern unverzüglich Rechnung tragen, indem sie niedrigere Grenzwerte für Kleinkinder in die Strahlenschutzverordnung aufnimmt?
36. Abgeordneter **Löffler** (SPD) Trifft es zu, daß sich Radiopharmaka in Landesammelstellen stauen, weil die unterirdische Deponie Asse I bei Wolfsbüttel aus formalen Gesichtspunkten gesperrt ist, und wenn ja, welche Maßnahmen kann und wird die Bundesregierung ergreifen, um eine sichere Aufbewahrung dieser Nuklearabfälle zu erwirken?
37. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung aus genehmigungsrechtlicher Sicht die trockene Zwischenlagerung von weitgehend abgekühlten, abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken in dafür geeigneten Transportbehältern, und sieht sie in diesem Verfahren eine Übergangslösung bis zur Inbetriebnahme der Eingangs- und Zwischenlagerbecken im Rahmen des nationalen Entsorgungskonzepts?
38. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Inwieweit läßt sich das vom Bundesinnenminister in der Richtlinie über die Ausschreibung und Bewertung von EDV-Anlagen empfohlene Phasen- bzw. Vorauswahlssystem, das dem Bieter hohen Personal- und Kostenaufwand verursacht, mit den einschlägigen allgemein angewandten Vergaberichtlinien der öffentlichen Hand vereinbaren, die wettbewerbsneutral sind und die Belange mittelständischer Bieter berücksichtigen?
39. Abgeordneter **Peiter** (SPD) Trifft es zu, daß Psoriatiker — wie in „Medizin heute“ (Ausgabe Februar 1979) dargestellt — auf Grund des angeborenen Hautleidens keine Beamte werden können, obwohl im Regelfall bei Psoriatikern nur selten körperliche Beschwerden mit diesem Leiden verbunden sind?
40. Abgeordneter **Thüsing** (SPD) Trifft es zu, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz in die Reihen des Kölner Vereins „Sozialistische Selbsthilfe Köln“ (SSK) einen Spitzel eingeschleust hat, um — laut Bericht vom 15. Februar 1979 — die sozial geschädigten Jugendlichen zum „rumsaufen und rumhuren, damit es möglichst viel Theater gibt“ (Seite 62) zu animieren, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Aktion?
41. Abgeordneter **Thüsing** (SPD) Wird die Bundesregierung gegebenenfalls die Verantwortlichen für die geschilderte Aktion gegen die „Sozialistische Selbsthilfe Köln“ zur Rechenschaft ziehen und den Schaden, der den SSK-Mitgliedern durch den Provokateur des Bundesamts für Verfassungsschutz zugefügt wurde, wiedergutmachen?
42. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister, angesprochen auf die Kurzform BRD, von einem Tabu gesprochen hat, in das wir uns hineingeredet haben, und im Sportstudio des ZDF erklärte, der Sport solle frei bleiben, das zu wählen, was er für richtig erachte, er würde die Abkürzung BRD nicht ausklammern?

43. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU) Bedeutet das im bejahenden Fall, daß der Bundesinnenminister mit Bezug auf den Beschluß der Kultusministerkonferenz sich in die Reihe derjenigen einordnet, die hinsichtlich der dort geforderten Bezeichnungsrichtlinien von einer Verkrampfung sprechen?
44. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die im ZDF-Sportstudio vom 10. Februar 1979 vertretene Ansicht von Bundesinnenminister Baum, daß wir uns hinsichtlich der Kurzform „BRD“ für Bundesrepublik Deutschland „in ein Tabu hineingeredet haben“, daß der Sport frei sein sollte, „das zu wählen, was er für richtig hält“, daß er „BRD nicht ausklammern“ würde, und wie verträgt sich diese Ansicht mit der des Parlamentarischen Staatssekretärs Baum vom 18. April 1975, der auf die mündliche Frage des Abgeordneten Engelsberger (CDU/CSU) damals deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß vom Gebrauch der Abkürzung „BRD“ abgesehen werden solle und diese Praxis der staatlichen Organe für den nichtstaatlichen Bereich beispielgebend sein sollte?
45. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU) Wie verträgt sich die im ZDF-Sportstudio vom 10. Januar 1979 vertretene Ansicht des Bundesinnenministers Baum zum Thema Kurzform „BRD“ mit den Richtlinien des Auswärtigen Amts, nach denen diese Kurzform nicht erwünscht ist, und mit dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 16. Juni 1978, nach dem die Abkürzung „BRD“ für Schulbücher nicht zulässig sei, und welche Kurzform für „Bundesrepublik Deutschland“ ist für die Bundesregierung verbindlich?
46. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, daß Radikale mit Hilfe von Zeugnissen von Scheinfirmen in Unternehmen eindringen, um dort später als Agitatoren aufzutreten?
47. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, am 20. Februar 1979 im WDR erklärt, der Vorschlag des bayerischen Innenministers, Ausländer, die unter offensichtlichem Mißbrauch unseres Asylrechts einzureisen versuchen, bereits an der Grenze zurückzuweisen, sei eine Aushöhlung des durch Artikel 16 des Grundgesetzes garantierten Asylrechts, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?
48. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wie vereinbart die Bundesregierung gegebenenfalls diese Auffassung mit der in den Nummern 3 und 6 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes zu § 38 getroffenen Regelung, nach der bereits jetzt Ausländer, deren Asylantrag unschlüssig ist oder die offensichtlich rechtsmißbräuchlich einreisen wollen, zurückgewiesen werden können?
49. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Wird die Bunderegierung eine Novellierung des Gesetzes über parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit initiieren, mit dem Ziel, die darin enthaltenen Generalklauseln durch detaillierte Vorschriften über Befugnisse und Zuständigkeiten eines jeden Dienstes sowie über die Überprüfungs-, Aufsichts- und Entscheidungsprozesse zu ersetzen?

50. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Hat die Bundesregierung geprüft, ob die an der grundgesetzwidrigen Lauschaktion gegen den Atommanager Dr. Traube beteiligten Beamten des Bundesamts für Verfassungsschutz sich einer Treupflichtverletzung gemäß Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 schuldig gemacht haben, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diese Beamten für die Zukunft die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten?
51. Abgeordnete
Frau Dr. Riede
(Oeffingen)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß der Chloridgehalt des Trinkwasser erheblich angestiegen und Bäume und Sträucher in ihrem Wachstum geschädigt sind, eine andere Möglichkeit, Schnee und Glatteis auf öffentlichen Verkehrsflächen zu bekämpfen als durch Streusalz?
52. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU). Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschimpfungen des Bundesgrenzschutzes als Spitzel- und Geheimdienstorganisation der Bundesrepublik Deutschland durch das „Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Neues Deutschland“ vom 1. März 1979, und was gedenkt die Bundesregierung diesbezüglich gegen diese Provokation zu unternehmen?
53. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Engholm, der am 20. Februar 1979 in der Fernsehsendung „Panorama“ gefordert hat, daß die Bediensteten im öffentlichen Dienst in gehobenen und höheren Positionen auf einen Teil ihrer Einkommenszuwächse verzichten sollen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen?
54. Abgeordnete
Frau Pieser
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister mit den Bundestagsfraktionen der sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalition oder zumindest mit einer dieser beiden Bundestagsfraktionen Verhandlungen führt, geführt hat oder schon abgeschlossen hat, und daß die für die Deutsche Nationalstiftung in Tit. 68171-162 gesperrten Finanzmittel im Haushaltsplan 1979 über 24 Millionen DM nebst den für die künftigen Haushaltsjahre geplanten Ausgaben von je 12,5 Millionen DM für Zwecke sogenannter landesübergreifender Kulturförderung freigegeben werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welchen Umfang haben die Frostschäden dieses Winters auf den Bundesfernstraßen erreicht, und liegen der Bundesregierung auch Angaben über Frostschäden an Land- und Gemeindestraßen vor, die von den Bundesländern und Kommunen bis jetzt festgestellt worden sind?
56. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zusätzliche Mittel für den Straßenbau im Bundeshaushalt zur Beseitigung der Frostschäden zur Verfügung zu stellen, und ist darüber hinaus beabsichtigt, den Ländern und Kommunen ebenfalls Finanzierungshilfe zu gewähren?

57. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Abnahme der Führerscheinprüfung aller Klassen u. a. davon abhängig gemacht wird, daß intensive Kenntnisse über die besondere Situation von Kindern im Straßenverkehr beim Führerscheinbewerber erkennbar sind?
58. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um den Berlinverkehr möglichst eng an den neugestalteten Intercityverkehr der Deutschen Bundesbahn anzuschließen, und wann wird der Intercityverkehr selbst bis Berlin verlängert?
59. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die betriebswirtschaftliche Investitionsrechnung hinsichtlich der südlichen Güterumgehungsbahn in Hamburg inzwischen fertiggestellt ist, und wenn ja, wird sie in jedem Fall veröffentlicht, und wann ist mit ihrer Veröffentlichung zu rechnen?
60. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Ist die wissenschaftliche Überprüfung der Anwendbarkeit der ADAC-Atemmaske durch Laien mittlerweile abgeschlossen, und welches sind gegebenenfalls die Ergebnisse?
61. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß bei der Überprüfung der Kriterien für die Höherstufung der geplanten A 98 zwischen Markdorf und Lindau im neuen Bedarfsplan für den Bundesfernstraßenbau auch eine Alternative zugrundegelegt wird, bei welcher der Ausbau der B 31 als kreuzungsfreie Kraftfahrstraße unterbleibt und lediglich die Umgehung Meersburg unter Aufhebung der Uferstraße sowie die Stadttangente Friedrichshafen verwirklicht wird?
62. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß ein Postfach keine Zustelladresse für freige machte Pakete ist, sondern daß diese Pakete gegen Gebühren den Empfängern zugestellt werden?
63. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, dies zu ändern und Postfachbesitzern die Paketkarte wie Wertbriefe und Einschreibnachrichten als Zustellavis einzusortieren?
64. Abgeordneter
Reichold
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß handvermittelte Ferngespräche von der Bundesrepublik Deutschland in das Gebiet der „DDR“ zwar mit langen Wartezeiten verbunden sind, jedoch letztlich zustandekommen, während andererseits Selbstwählferngespräche zu keiner Zeit Aussicht haben, einen Anschluß zu erreichen?
65. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der Einrichtung des neuen Nahverkehrssystems im Telefonverkehr auch ein akustisches Warnsignal einzuführen, das rechtzeitig das Ende einer Gebühreneinheit ankündigt?
66. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Welches sind die Gründe für die Überlastung des Telefonfernnetzes in schwächer strukturierten Räumen in den Zeiten mit ermäßigter Telefongesprächsgebühr, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu veranlassen, daß die Bürger entsprechend der Fernmeldewerbung „Ruf doch mal an“ auch tatsächlich telefonieren können?

67. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Besteht die Möglichkeit, sofern durch Neuinvestition der Überlastung des Telefonnetzes nicht schnell entgegengewirkt werden kann, wenigstens in Not- und Eilfällen auch in Überlastungszeiten zu telefonieren, und was beabsichtigt die Bundesregierung dafür zu veranlassen?
68. Abgeordneter
Schlägla
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, in Erwägung zu ziehen — nachdem sie zu Ehren des hundertsten Geburtstags der Boden- und Heimatdichterin Agnes Miegel am 9. März 1979 eine Sondermarke herausgegeben hat, nicht aber anlässlich des hundertsten Geburtstags von Albert Einstein am 14. März 1979 — nach nochmaligem Vergleich von Ansehen, Bedeutung und Leistung der beiden genannten Deutschen gegebenenfalls die Herausgabe einer Sondermarke zum hundertsten Todestag von Albert Einstein im Jahr 2055 vorzumerken?
69. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Hat die Bundesregierung der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) 600 ha Land verkauft?
70. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Ist der Bundesregierung gegebenenfalls bekannt, zu welchem Zweck dieses Land von der DWK erworben wurde?
71. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Trifft es zu, daß der Bundespostminister, obwohl im Bezirk der Oberpostdirektion Stuttgart 140 genehmigte Arbeitsposten im Fernmeldebereich nicht besetzt sind, nur die Beschäftigung von 64 bei der Deutschen Bundespost ausgebildeten und im Februar/März 1979 geprüften Fernmeldehandwerkern zuläßt, während 43 weitere qualifizierte Fernmeldehandwerker im Postdienst auf Stellen beschäftigt werden müssen, die möglicherweise mit Arbeitslosen besetzt werden könnten?
72. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Trifft es zu, daß im Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt über 400 Arbeitsplätze für Fernmeldehandwerker derzeit unbesetzt sind, die Deutsche Bundespost sich aber gleichwohl weigert, rund 100 Fernmeldelehrlinge, die gegenwärtig im Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt ihre Gesellenprüfung ablegen, nach bestandener Prüfung auf ausbildungsgemäße Arbeitsplätze zu übernehmen, und wenn ja, warum weigert sie sich?
73. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in diesen Tagen den vor dem Abschluß ihrer Berufsausbildung stehenden Fernmeldehandwerkern kurzfristig mitgeteilt wurde, daß sie künftig nicht im Fernmeldewesen beschäftigt werden können, und für wie viele von ihnen gibt es welche Gründe dafür?
74. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Gibt es für die vor ihrem Berufsabschluß stehenden, auf Grund ihres Ausbildungsstands besonders geeigneten Fachkräfte nicht doch eine Möglichkeit der Verwendung im Fernmeldedienst der Deutschen Bundespost, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
75. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung seit kurzem einen Teil der bisher für die Deutsche Bundespost in der Bundesdruckerei Berlin hergestellten Druck-

erzeugnisse dem freien Wettbewerb zugeführt hat, mit dem zu erwartenden Ergebnis, daß die Bundesdruckerei auf Grund ihrer besonderen Struktur nicht wettbewerbsfähig sein kann, und wer trägt gegebenenfalls die Verantwortung für das neue Verfahren?

76. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Wie sieht die Bundesregierung die Zukunft der Bundesdruckerei Berlins, wenn das von ihr angestrebte Verfahren Schule macht und damit langfristig der Bundesdruckerei die Existenzgrundlage entzogen wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

77. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die DDR bemüht ist, den ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Gaus, zum Doyen des Diplomatischen Corps aufsteigen zu lassen, um damit ihre Bemühungen zu unterstützen, die Ständige Vertretung zu einer echten Botschaft aufzuwerten?
78. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche sonstigen Anstrengungen hat die DDR in letzter Zeit unternommen, um die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin in eine echte Botschaft umzuwandeln?
79. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD) Entsprechen die angeordneten Kontrollen des Post- und Telefonverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den Ostblockländern durch den Bundesnachrichtendienst den Bestimmungen des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 13. August 1968?
80. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD) Entspricht die Praxis der umfangreichen Öffnung von Briefen aus osteuropäischen Staaten den Intentionen der Bundesregierung bei Verabschiedung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz?
81. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Welche tatsächlichen Sachverhalte rechtfertigen die massenhafte Kontrolle von Briefen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den Ostblockländern durch den Bundesnachrichtendienst?
82. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Welche Tatsachen begründen die Notwendigkeit einer massenhaften Post- und Telefonkontrolle, um „die Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen“ (§ 3 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz)?
83. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der ausgedehnten Post- und Telefonkontrollen auf die menschlichen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ostblockländern?

84. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Wie will die Bundesregierung bei massenhafter Öffnung von Briefen und Abhören von Telefongesprächen sicherstellen, daß die durch diese Kontrolle erlangten Kenntnisse nicht zum Nachteil von Personen (§ 3 Abs. 1 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz), verwendet werden?
85. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Hat sich das Gesetz über die Parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes als ausreichende Kontrolle über die ausgedehnte Praxis der Post- und Telefonkontrolle durch den Bundesnachrichtendienst bewährt?
86. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen im einzelnen hat die Bundesregierung unternommen, um die Weitergabe geheimer Dokumente aus dem Kanzleramt an die Presseorgane „Stern“ und „Spiegel“ aufzuklären?
87. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat oder wird die Bundesregierung einleiten, um eine solche Weitergabe geheimer Dokumente in Zukunft zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

88. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus der Tatsache, daß einseitige Vorausleistungen gegenüber der UdSSR bei den SALT II-Verhandlungen nicht honoriert, sondern im Gegenteil mit einer Verstärkung des strategischen Potentials beantwortet werden, für die MBFR-Verhandlungen in Wien?
89. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften noch keinen Vertragsgeszentwurf zu dem von der Bundesrepublik Deutschland bereits vor sechs Jahren unterzeichneten „Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen“ zugeleitet, so daß dieses wichtige Abrüstungsabkommen parlamentarisch noch nicht beraten werden konnte?
90. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sogenannte gespaltene Berlin-Klausel seit 1963 gerade auch bei den bisherigen Verträgen und Übereinkommen zum Themenbereich „Abrüstung/Rüstungskontrolle und -begrenzung/Nichtverbreitung von Kernwaffen“ die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin nicht nur rechtlich, sondern auch berlin- und deutschlandpolitisch angemessen berücksichtigt hat?
91. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Familienmitgliedern von Deutschen, die mit einem Besuchervisum der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind und nicht mehr zurückkehren, durch polnische Dienststellen Arbeitsplatz und Wohnung gekündigt werden, und was gedenkt sie gegen diese Schikanen zu unternehmen?

92. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Hat Staatsminister Dr. von Dohnanyi im Durchgangswohnheim Osthofen bei Worms die Deutschlandkarte, die Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigt, abhängen und durch eine neue Karte, die keinen Platz mehr für Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße hat, ersetzen lassen, und wenn ja, mit welcher Begründung?
93. Abgeordneter
Coppik
(SPD) Sind aus der Bundesrepublik Deutschland — wie am 19. Februar 1979 von Radio Havanna unter Bezugnahme auf die mozambikische Wochenzeitschrift „Tempo“ gemeldet — unter Außerachtlassung der UN-Sanktionen kürzlich drei Flugzeuge an die Regierung in Salisbury geliefert worden?
94. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Informationen, wonach die Ausbildung schwarzer Untergrundkämpfer in Angola durch Fachpersonal aus der DDR erfolgen soll?
95. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen der verbündeten USA, in angemessenem sachlichen Zusammenhang die Beendigung des chinesisch-vietnamesischen Konflikts und der vietnamesischen Invasion in Kambodscha gleichzeitig zu erreichen?
96. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Werden auf der 35. Tagung der Menschenrechtskommission in Genf die Bundesrepublik Deutschland bzw. EG-Staaten auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen (zu Punkt 9 der Tagesordnung), die kulturelle und nationale Diskriminierung der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße und in den Ostblockstaaten (zu Punkt 20 der Tagesordnung) sowie die Gewährleistung der individuellen und der Gruppenrechte im nationalen, ethnischen und sprachlichen Bereich für die dort lebenden Deutschen (zu Punkt 23 der Tagesordnung) zur Sprache bringen?
97. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist eine Institution der deutschen Botschaft in Den Haag bei der Vorbereitung zur Fernsehsendung des ZDF, „Bürger fragen, Politiker antworten“, gesendet am 22. Februar 1979, bei der Auswahl der Gesprächspartner des Bundesvorsitzenden der CDU, Dr. Kohl, beteiligt gewesen oder zu Rate gezogen worden, und falls ja, um welchen Personenkreis handelt es sich, und welche Auswahlkriterien wurden angelegt?
98. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob ein Unterausschuß des Streitkräfteausschusses im US-Repräsentantenhaus beziehungsweise ergänzend die Haushaltsstelle des US-Kongresses festgestellt haben, die Fähigkeit der NATO-Truppen, Europa zu verteidigen, sei mangels Munition und Nachschub höchst zweifelhaft und die norddeutsche Tiefebene dabei besonders verwundbar, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese für unsere Sicherheit wichtigen Feststellungen?
99. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Wie hat sich die Bundesregierung auf die von der FAO ausgerichteten Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung im Juli in Rom sowie auf die vorbereitende Vorkonferenz vom 12. bis 16. März in Rom vorbereitet, und welche politische Linie verfolgt sie dabei?

100. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Inwieweit sind die interministerielle Abstimmung innerhalb der Bundesregierung sowie die Koordination mit der EG und der OECD sichergestellt worden?
101. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) In welcher Weise ist die Bundesregierung der Auffassung des Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Roy Jenkins, entgegengetreten, der die Auffassung vertreten hat — in einem Schreiben an die Bundesregierung —, daß die Zonenrandförderung u. a. in den niedersächsischen Arbeitsmarktregionen Salzgitter, Braunschweig, Wolfsburg und Göttingen in ihrem bisherigen Umfang nicht gerechtfertigt sei?
102. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die jüngste Interpretation des mit der Republik Südafrika ausgehandelten Namibia-Plans durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen, mit dem ursprünglichen Plan vereinbar ist, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
103. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung insbesondere zu der Bereitschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ein, den Guerillakämpfern der SWAPO in der Übergangsphase bis zu den Wahlen Militärstützpunkte im Gebiet SWA/Namibias einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

104. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Warum hält es die Bundesregierung gemäß der auf meine Frage vom 15. Februar 1979 (Drucksache 8/2561, Nr. 83) erteilten Antwort „nicht für sinnvoll“, an betroffene Staaten wegen Verfolgung der im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Straftaten heranzutreten?
105. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts der innerdeutschen Diskussion über das Problem der Verjährung nunmehr bereit, der Regierung der Volksrepublik Polen die vom Oberlandesgericht Hamm erstellten Akten über Mordtaten an Tausenden Deutschen im Lager Lamsdorf zu überstellen, obwohl sie bisher erklärte, das sei nicht sinnvoll, weil diese Straftaten nach polnischem Recht bereits verjährt seien?
106. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der von ihr vorgelegte Erfahrungsbericht zum Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz in seinem Ausgabewert dadurch erheblich eingeschränkt ist, daß er das außergerichtliche Verhalten von Vermietern und Mietern als Erkenntnisgrundlage wenig berücksichtigt?
107. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung in dem Bericht nicht die Erfahrungen der Anwaltschaft einbezogen, insbesondere die vielfach vorgebrachte Feststellung, es gebe kein vergleichbares Rechtsgebiet, auf dem die Anwälte mit einem derart hohen Prozentsatz von einer beabsichtigten Klageerhebung abraten müssen?

108. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft die Meldung zu, daß dem Ost-Berliner Spion Günter Guillaume nach seiner Operation eine Heilkur genehmigt wurde oder genehmigt werden soll?
109. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Kraftfahrer aus der Bundesrepublik Deutschland, die auf den Transitstrecken nach Berlin an Verkehrsunfällen beteiligt waren, in der DDR zu längeren Haftstrafen verurteilt wurden, und gibt es Anhaltspunkte dafür, daß bei entsprechenden Prozessen das Strafrecht und das Strafprozeßrecht der DDR korrekt angewendet werden?
110. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Hält die Bundesregierung eine Verbesserung des Rechtsschutzes für den Straßengüterverkehr auf den Transitstrecken nach Berlin für erforderlich, und welche Möglichkeiten sieht sie gegebenenfalls für eine solche Verbesserung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

111. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Nach welchen Grundsätzen und Vorschriften werden Streikgelder bzw. Streikunterstützungen besteuert?
112. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, für Streikgelder und Streikunterstützungen steuerliche Erleichterungen einzuführen, und, falls dies nicht der Fall ist, welche Bedenken stehen solchen Erleichterungen entgegen?
113. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß allein im letzten Jahr sechs Milliarden DM von solchen Steuerzahlern zuviel kassiert wurden, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, und wenn ja, welche Gründe kann die Bundesregierung dafür angeben?
114. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie sich im Jahr 1978 in absoluten Zahlen die Zahl der Betriebsprüfer vergrößert und wie sich im gleichen Zeitraum die Zahl der fehlerhaften Steuerbescheide vergrößert hat?
115. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim
(CDU/CSU) Billigt die Bundesregierung die von der Bundesmonopolverwaltung mit einer „Erhöhung der Vertriebskosten“ begründete Erhöhung des Preises für Synthesekohol von z. B. 1,08 DM auf 1,52 DM je Liter — d. h. um 40,7 v. H. des Warenwerts — ab 1. Januar 1979?
116. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die starre Anwendung des Abschnitts 52 Abs. 3 der Vermögensteuerrichtlinie 1977, d. h. eines typisierten Teilwertverfahrens, in besonders anlageintensiven Wirtschaftsbereichen, wie z. B. im Molkereisektor, der durch einen hohen wirtschaftlich-technischen Fortschritt und einen rasanten Strukturwandel gekennzeichnet ist, zu völlig unrealistischen Teilwertansätzen führt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

117. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der von der Finanzverwaltung vertretenen Auffassung, daß ein angemessener Restwert in Höhe von 15 bis 30 v. H. als Teilwert für Zwecke der Vermögensbesteuerung bestehen bleiben müsse, was in der Praxis die paradoxe Folge hat, daß zwar der Teilwert einer neuen Maschine von Jahr zu Jahr regelmäßig sinkt, während dieselbe Maschine, wenn sie alt und reparaturbedürftig geworden ist, sich durch den Anhaltewert wertmäßig nicht mehr verändert?
118. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung mit dem Rechtsstaatsprinzip und dem im Steuerrecht geltenden Amtsermittlungsprinzip für vereinbar, daß Abschnitt 52 Abs. 5 der Vermögensteuerrichtlinie eine Umkehrung der Beweislast vornimmt, und der Steuerpflichtige gezwungen ist, eine abstrakte Teilwertvermutung zu entkräften, und wenn nein, wird sie die Vorschrift ändern?
119. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Auf welcher Rechtsgrundlage beruht die Auffassung der Bundesregierung, daß diese Anhaltswerte durch die inflationsbedingten Preissteigerungen begründet und gerechtfertigt seien, oder würde sie andererseits der Meinung zustimmen, daß eine mit der Geldentwertung begründete Festschreibung der Wiederbeschaffungspreise in Form von Anhaltewerten mit dem Rechtsgrundsatz des Nominalismus nicht vereinbar sei?
120. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß § 173 der Abgabenordnung, nach dem unter bestimmten Voraussetzungen Steuerbescheide aufzuheben oder zu ändern sind, immer wieder zu Schwierigkeiten mit den Finanzämtern und zu unterschiedlichen Gerichtsurteilen führt, weil das im Absatz 1 Nr. 2 genannte „grobe Verschulden“ nicht – auch nicht beispielhaft – definiert und daher auslegbar ist, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine unterschiedliche Ermessensauslegung durch die Finanzämter und -gerichte künftig zu verhindern?
121. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das „grobe Verschulden“ schon dann angenommen wird, wenn Hinweise der Finanzbehörden in Vordrucken, Merkblättern oder sonstigen Mitteilungen übersehen werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einheitliche Maßstäbe durch die Finanzbehörden anlegen zu lassen, um so die Bürger vor steuerlichen Gefahren zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

122. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die mit Schreiben vom 23. November 1978 – Nr. I C 2 70 17 43 – getroffene Verfügung, den Fördersatz der Frachthilfe für Ostbayern für Industrieholz angesichts der nach wie vor schlechten Erlöse in diesem Verwertungsbereich ab 1. Januar 1979 wieder auf den seit 1975 gewährten Fördersatz von 19 v. H. anstelle der nunmehr verfügbaren 17 v. H. heraufzusetzen?

123. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei der Überprüfung des bereits verfügbaren 17 prozentigen Beihilfesatzes berücksichtigen, daß sich im ostbayerischen Zonenrandgebiet besonders durch Stilllegung von Bundesbahnstrecken die Frachtsituation wegen dieser Eingriffe der Deutschen Bundesbahn insgesamt verschlechtert hat und daher die Transportkosten gestiegen sind?
124. Abgeordneter
Peiter
(SPD)
- Trifft es zu, daß bei Förderungen nach dem „Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bei einer Erhöhung der Förderpräferenz die erhöhten Förderzuschüsse nicht gewährt werden, wenn der Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen vor der Bekanntgabe der Erhöhung gestellt wurde?
125. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD)
- Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die absehbaren Engpässe in der Energieversorgung, um eine Verbesserung des gegenwärtig mit durchschnittlich 50 v. H. recht niedrigen Energienutzungsgrads der zur Beheizung und Klimatisierung von Gebäuden aller Art eingesetzten Primärenergie zu erzielen, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie, um eine praktische Anwendung der aus der KREV-Studie (Konzept zur rationellen Energieverwendung) gezogenen Erkenntnisse zu gewährleisten?
126. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Ist ein Interministerieller Staatssekretärsausschuß mit der Prüfung befaßt oder befaßt gewesen, ob Währungsreserven der Deutschen Bundesbank für die Finanzierung der Rohstoffsicherung eingesetzt werden sollen, und wenn ja, ist diese Prüfung bereits abgeschlossen?
127. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung gegebenenfalls bereits eine Meinung zu diesem Problem gebildet, und wenn ja, welche?
128. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium in dem Gutachten „Staatliche Interventionen in einer Marktwirtschaft“ vom 15./16. Dezember 1978 zum Bereich der öffentlichen Förderung von Sozialwohnungen, insbesondere die Feststellung, infolge des nicht funktionsgerechten Einsatzes des Preisinstruments in der Mietpreispolitik für öffentlich geförderte Sozialwohnungen sei die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum nicht so gut, wie sie sein könnte?
129. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den auch zukünftig für Problemgruppen und aus städtebaulichen Gründen erforderlichen Bereich an Objektförderung zu „individualisieren“?
130. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den Vorstellungen der EG-Kommission, die die Zonenrandförderung generell infragestellt und einzelne Orte bzw. Regionen von der Förderung ausschließen will, mit Nachdruck widersprechen und die EG-Kommission über die Lage am Zonenrand, insbesondere aber auch über die Situation im oberfränkischen Bereich informieren?

131. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hält die Bundesregierung die überproportional gestiegenen Heizölpreise für gerechtfertigt?
132. Abgeordneter
Enders
(SPD) Mit welchen Einwirkungen kann die Bundesregierung unter den derzeitigen Bedingungen die Versorgung der Bevölkerung mit preisgerechtem Heizöl sichern?
133. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie sich seit 1975 die Struktur der Pkw-Nachfrage unter dem Gesichtspunkt des durchschnittlichen Benzinverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, und ist aus der Sicht der Bundesregierung diese Entwicklung mit dem auch im fortgeschriebenen Energieprogramm des Bundes als vorrangig bezeichneten Ziel der Öleinsparung zu vereinbaren?
134. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Hält die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen zur Beeinflussung der künftigen Pkw-Struktur in der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf ein kraftstoffsparendes Modellangebot der Automobilproduzenten für erwägenswert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

135. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und in welcher Weise bei der Planung im Wohnungsbau die besonderen Bedingungen der Schichtarbeit berücksichtigt werden können, bzw. bereits berücksichtigt werden, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, einen Forschungsauftrag für diesen Problembereich zu erteilen?
136. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung entgegen ihren ursprünglichen Zusagen und mit den Ländern getroffenen Absprachen darauf verzichtet, die wesentlichen Grundlagen der Finanzhilfen des Bundes an die Länder zur Wohnungsbauförderung sowie den Verteilungsmaßstab gesetzlich zu regeln, und wenn ja, aus welchen Gründen, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht für die Bundesbeteiligung am sozialen Wohnungsbau im Verhältnis zu den einzelnen Ländern?
137. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Bedeutet der Verzicht auf eine gesetzliche Absicherung der Beteiligung des Bundes an der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, daß sich der Bund in absehbarer Zeit überhaupt aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zurückziehen möchte?
138. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Heizungskostenabrechnungen für Wohnungsmieter auf dem Gesetzes- oder Verordnungsweg Möglichkeiten, unter Berücksichtigung der energiepolitischen Lage und im Hinblick auf die oft ungerechte Kostenumlage nach Quadratmetern (Hinweis auf das Urteil des Landgerichts Frankfurt vom 18. September 1977), eine Förderung der Heizkostenabrechnung nach dem tatsächlichen Verbrauch auch bei den nicht preigebundenen Mietverhältnissen zu veranlassen, und beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen?

139. Abgeordneter
Franke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommene Hochrechnung der Wohnungsstichprobe 1972 (vgl. Wochenbericht 1 – 2/79, Fußnote 10), nach der 1978 40 v. H. aller Haushalte in Sozialwohnungen die für diese geltenden Einkommensgrenzen überschreiten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
140. Abgeordneter
Franke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Städtebauinstituts (vgl. Hausbau Information vom 29. Januar 1979), daß die „Fehlbelegerquote“ bei 50 v. H. anzusiedeln sei, wenn man berücksichtige, daß ein gewisser Bestand an Sozialwohnungen Haushalten vorbehalten ist, deren Einkommen um 20 v. H. unter den normalen Einkommensgrenzen liegen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
141. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung ihren Widerstand gegen die im Wohnungsbauänderungsgesetz 1978 vom Bundesrat vorgeschlagene Gleichstellung von öffentlich geförderten Mietwohnungen, die nachträglich in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden, mit solchen eigengenutzten Eigentumswohnungen, die als solche gefördert worden sind, weiterhin aufrecht, und wenn ja, wie vereint sie dies mit ihrer Absicht, die Wohneigentumsquote gerade auch durch die Umwandlung von Mietwohnungen in eigengenutzte Wohnungen zu erhöhen?
142. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an ihrer im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung geäußerten Absicht fest, eine Bestandsaufnahme im Wohnungsbau, insbesondere im sozialen Wohnungsbau, vorzunehmen, und bis wann ist mit konkreten Ergebnissen zu rechnen?
143. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundeswohnungsbauminister Dr. Haack der Süddeutschen Zeitung am 26. Februar 1978 erklärt hat, daß der Erfahrungsbericht zum Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz nicht nur statistische Daten, sondern auch gleich gewisse Vorstellungen einer Gesetzesänderung enthalten solle, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bewogen, von dieser Erklärung ihres Bundeswohnungsbauministers abzurücken?
144. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die von der Bundesregierung angestellten Überlegungen gediehen, bekannt gewordenen Problemfällen bei der Veräußerung von Sozialmietwohnungen mit Hilfe von Änderungen des geltenden Steuerrechts entgegenzutreten, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein wesentlicher Grund für eine en bloc-Veräußerung an gewerbsmäßige Umwandler in den steuerlichen Auswirkungen des § 9 des Gewerbesteuergesetzes und des § 6 b des Einkommensteuergesetzes zu sehen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

145. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Mit welcher Intensität fördert die Bundesregierung Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu alternativen Entsorgungskonzepten, die keine Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente vorsehen?
146. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Verfügen wir heute nach Auffassung der Bundesregierung über hinreichende Methoden der Spaltstoffflußkontrolle, bei denen keine sensiblen Unsicherheitsmengen unerfaßt bleiben können, oder muß an deren Entwicklung und Durchsetzung noch gearbeitet werden?
147. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Wie weit ist die Verglasung von hochradioaktiven flüssigen Abfällen nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung entwickelt, und welche Mengen von hochradioaktivem Müll wurden bisher verglast mit welcher zeitlichen Haltbarkeitsprognose?
148. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der französischen Regierung, den Euratom-Vertrag grundlegend zu ändern, und hat sie gegebenenfalls schon eigene Änderungsvorstellungen?
149. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung — angesichts der sehr unterschiedlichen Entwicklung der deutschen und französischen Energiepolitik — die zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Gebiet der deutsch-französischen nuklearen Zusammenarbeit, insbesondere bei der Wiederaufarbeitung und Herstellung von Brüterbrennelementen?
150. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Ist die Auffassung der Bundesregierung, wonach in dem Dortmunder Institut für Algenforschung ein Minimum an „kritischer wissenschaftlicher Masse“ nicht vorhanden ist, noch haltbar, wenn sie unter Anlegung gleicher Beurteilungsmaßstäbe berücksichtigt, daß nach dem Jahresbericht 1977 der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung GmbH unter den 32 Abteilungen oder Instituten der GSF 20 eindeutig kleiner sind als das Dortmunder Institut, und daß diese Institute hervorragende Forschungsarbeit zu leisten im Stande sind?
151. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Wie hoch würden die gesamten Aufwendungen, insbesondere diejenigen für notwendige Neuaufgaben in Jülich und die Verluste für die Aufgabe der in Dortmund vorhandenen Anlagen, sein, wenn es zu der beabsichtigten Schließung des Dortmunder Algeninstituts käme?
152. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Hat der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Hauff, erklärt, „die Vorkehrungsmaßnahmen“ der niedersächsischen Landesregierung zur Sicherung des Gorleben-Projekts seien „undemokratisch“ (s. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Februar 1979, „Die Macht des Fortschritts“), und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Meinung?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesrechnungshof festgestellt hat, daß das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau überflüssig sei, und wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls durchzuführen, um die vom Bundesrechnungshof geforderten wirksamen Einsparungen auf finanziellem und personellem Gebiet zu erreichen?
2. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt im Deutschlandfunk die Fähigkeit von Bundestagspräsident Dr. Carstens infrage gestellt hat, als möglicher nächster Bundespräsident „die Politik der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten“, und muß bejahendenfalls aus dieser Aussage der Schluß gezogen werden, daß der Bundeskanzler ernsthafte Schwierigkeiten in einer Zusammenarbeit mit einem Bundespräsidenten Dr. Carstens sehe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Seminar für Orientalische Sprachen bei der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Bonn Ende 1980 seine Arbeit einstellen muß, weil ihm seitens des Auswärtigen Amtes die Etatmittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, und ist die Bundesregierung angesichts der kulturellen Bedeutung dieses Seminars bereit, sich für die Beibehaltung dieser Institution zu verwenden?
4. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Hält sich die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß viele Millionen Deutsche alljährlich dort ihren Urlaub verbringen, für verpflichtet, aktiv an der Reinhaltung des Mittelmeers mitzuwirken und seiner immer bedrohlicheren Verschmutzung wirkungsvoll entgegenzutreten, und auf welche Weise geschieht dies gegebenenfalls?
5. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Hat sich die Bundesregierung über die Effektivität des Plans zur Reinhaltung des Mittelmeers, auf den sich am 10. Februar 1979 17 Anrainerstaaten und die Europäische Gemeinschaft in Genf geeinigt haben, informiert, und darüber eine Meinung gebildet, ob mit einem Zweijahresbudget von 6,4 Millionen Dollar überhaupt wirkungsvolle Gegenmaßnahmen gegen die zunehmende Verschmutzung des Mittelmeers ergriffen werden können, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?

6. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Schätzungen von Experten bekannt, daß jährlich 500 000 bis 1 000 000 Tonnen Öl absichtlich von Tankern und anderen Schiffen ins Mittelmeer abgelassen werden, und was kann sie tun, um Schiffe mit deutschen Bestimmungshäfen auf den Verbleib des Altöls hin zu kontrollieren?
7. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, zur Stabilisierung der innenpolitischen Situation und Stärkung der demokratischen Kräfte in der türkischen Republik eine erhöhte finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen?
8. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika Kino- und Fernsehfilme produziert und in und außerhalb der USA, z. B. auf den Philippinen, gezeigt werden, die sich mit der Darstellung des nationalsozialistischen Deutschen in einer Weise befassen, die geeignet ist, das heutige Ansehen Deutschlands und der Deutschen insgesamt und in hohem Maß zu beeinträchtigen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das durch derartige Filme verfälschte und verzerrte Bild der Deutschen in den entsprechenden Ländern richtigzustellen?
9. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um der sowjetischen Propagandabeauptung entgegenzuwirken, die deutsche „Orbital Transport- und Raketen Aktiengesellschaft“ würde in Zaire in Zusammenarbeit mit Südafrika zu militärischen Zwecken Raketen entwickeln, und was wird die Bundesregierung insbesondere im Bereich der Entwicklungshilfe tun, um den politischen Pressionen insbesondere von Tansania in diesem Zusammenhang zu begegnen?
10. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das deutsche Konsulat in Bregenz am 31. März geschlossen und seine Aufgaben dem Generalkonsulat in Innsbruck übertragen werden sollen, und welches sind zutreffendenfalls die Gründe für diese Maßnahme?
11. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise will die Bundesregierung sicherstellen, daß die rund 5 500 deutschen Staatsbürger, die in Vorarlberg leben, durch das Generalkonsulat in Innsbruck ebensogut betreut werden wie bisher?
12. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche völkerrechtliche Bedeutung hat nach Auffassung der Bundesregierung die Deklaration über die völkerrechtlichen Grundsätze der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern vom 24. Oktober 1970, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, für das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volks und seine Gleichberechtigung in den Fragen der Selbstbestimmung insgesamt und im einzelnen?
13. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat im Sinn des Auftrags, auch die deutsch-finnischen Beziehungen zu pflegen, der Bundesaußenminister den finnischen Botschafter Pentti Talvitie nach 1 1/2-jähriger Tätigkeit in Bonn vor seiner endgültigen Abreise zum ersten Mal zu einem Ge-

dankenaustausch empfangen können, was in der Fragestunde vom 24. Januar 1979 zugesagt wurde, nachdem laut „Bonner General-Anzeiger“ vom 26. Januar 1979 sich der Botschafter am gleichen Tag in seiner Residenz mit einem Empfang verabschiedet hatte?

14. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Inwieweit und mit welchen textlichen Festlegungen weichen die jetzt im Sonderausschuß der Vereinten Nationen zur Erarbeitung einer Konvention gegen Geiselnahme erzielten Formulierungen vom Vorschlag der Bundesregierung aus dem Sommer 1977 ab?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

15. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Überdüngung der Gewässer mit Phosphaten, die zu einem verstärkten Algenwuchs und damit zu einem stärkeren Sauerstoffverbrauch in Seen, Flüssen und Bächen führt, eine Beschleunigung der Reduzierung der Phosphatanteile in Wasch- und Reinigungsmitteln (bisher vorgesehen: 1980 um bis zu 25 v. H., 1983 um etwa 50 v. H.) vorzuschreiben?
16. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bis zur Eröffnung der geplanten Entsorgungsanlage in Gorleben allein durch den Erlaß einer durch das Atomgesetz ermächtigten Rechtsverordnung eine dem Atomgesetz entsprechende geordnete Lagerung nuklearer Abfälle ermöglicht werden kann, und bis wann ist bejahendenfalls mit der Verabschiedung dieser Rechtsverordnung zu rechnen?
17. Abgeordneter
Biechle
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Ausmaß der Schäden an Naturbausteinen berühmter Baudenkmäler durch die Luftverunreinigung, und was kann nach ihrer Meinung getan werden, um dieser Entwicklung wirkungsvoll zu begegnen?
18. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die vielfach geäußerte Auffassung, eine gesetzliche Absicherung der Aufnahme Schutzsuchender aus Bürgerkriegs- und anderen Krisengebieten im Ausländergesetz sei wünschenswert, und wenn ja, ist sie bereit, eine Ergänzung des § 2 Abs. 1 des Ausländergesetzes dahin gehend vorzunehmen, daß eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen ist, wenn dies humanitäre Gründe zwingend erfordern und der Allgemeinheit nicht unverträgliche hohe Lasten entstehen?
19. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bisher von einem Weisungsrecht gegenüber der niedersächsischen Landesregierung im Zusammenhang mit dem regional-ökologischen Gutachten zum geplanten nuklearen Entsorgungszentrum Gebrauch gemacht, gegebenenfalls zu welchen Fragen?

20. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Ziel einer allgemeinen Beurteilung von Vertreibungen dadurch zu dienen, daß sie den Vorgang der Vertreibung von 14 Millionen Deutschen in das Bewußtsein der Gegenwart hebt und damit den Kräften entgegenwirkt, die ihn in Übereinstimmung mit der Taktik der Vertreiberstaaten hinter eine Mauer des Schweigens stellen?
21. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Glaubt die Bundesregierung, der von beachtlichen Teilen der Bevölkerung gewünschten Bewußtmachung des Vertreibungsvorgangs dadurch gerecht zu werden, daß sie in ihrer Antwort auf meine Anfrage Nr. 102 vom 14., 15. Februar 1979 auf Dokumentationsbände aus den Jahren 1953 bis 1961 verweist und dabei Vorgänge ausklammert, die sich erst nachher ereignet haben bzw. bekannt wurden?
22. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Wettbewerbsverzerrungen bekannt, die sich zwischen den EG-Ländern durch eine unterschiedliche Umweltschutzbelastung ergeben haben, und was wird die Bundesregierung tun, um diese Beeinträchtigungen des Wettbewerbs in der Gemeinschaft wieder zu beseitigen?
23. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Welche Erkenntnisse über Wirkungen und Gefahren von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoff-Chemikalien besitzt die Bundesregierung heute, und wie weit sind ihre Bemühungen gediehen, möglichen Gefährdungen der Ozonschicht in der Stratosphäre durch international abgestimmte Maßnahmen zu begegnen?
24. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Welche Konsequenzen, eventuell gesetzgeberischer Art, gedenkt die Bundesregierung aus einer neuesten Untersuchung des Instituts für Verbrennungskraftmaschinen und Kraftfahrwesen der Technischen Universität Wien zu ziehen, aus der hervorgeht, daß Zweitaktmotoren, wie sie vor allem in Mopeds eingebaut sind, erheblich größere Mengen an krebserregenden Stoffen mit den Auspuffabgasen abgeben als bisher angenommen wurde, und 36 v. H. der unverbrannten Kohlenwasserstoffe von Mopeds und Motorrädern stammen?
25. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls welche regionale Verteilung für Tritium in der Bundesrepublik Deutschland gemessen wurde, und welche Werte dabei ermittelt wurden?
26. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob Tritiummessungen auch an Tierkadavern (Kadaverprotein) vorgenommen werden, und zu welchen Ergebnissen derartige Untersuchungen gegebenenfalls gekommen sind?
27. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Novelle zum Bundesumzugskostengesetz vorzulegen, mit der den Besonderheiten des Soldatenberufs Rechnung getragen wird und den ausscheidenden Berufssoldaten, die oft wenige Jahre vor ihrem Ruhestand noch erneut versetzt werden, die Kosten des Wegzugs vom letzten Dienort erstattet werden?

28. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP)
- Welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, daß einerseits der Verfassungsschutzbericht des Bundes 1977 das „Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes“ und den ihm zugeordneten „Bund heimattreuer Jugend“ als rechtsextremistische Organisationen ausweist, der bayerische Verfassungsschutz hingegen in seinem Bericht auf die Anerkennung beider Gruppierungen als rechtsextremistisch verzichtet und darüberhinaus sogar in Bayern Spenden für das „Kulturwerk“ steuerlich abzugsfähig sind bzw. das „Kulturwerk“ von der Steuer befreit ist?
29. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß solche im Verfassungsschutzbericht des Bundes als extremistisch dargestellte Organisationen nicht in anderen Bundesländern als steuerbegünstigt angesehen werden können?
30. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Rettungsflüge mit Hubschrauber des Katastrophenschutzes im Jahr 1978 von den Standorten in Baden-Württemberg durchgeführt wurden, wie vielen Patienten dabei erste ärztliche Hilfe geleistet wurden, und welcher finanzieller Beitrag dafür vom Bund geleistet werden mußte?
31. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Einsätze dabei für grenzüberschreitende Rettungsflüge in die Schweiz und nach Frankreich durchgeführt wurden?
32. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob bei Lauterburg (Elsaß) ein Kernkraftwerk errichtet werden soll, wie der Stand des Verfahrens ist und ob zu gegebener Zeit Stromlieferungsverträge mit deutschen EVU vorgesehen sind?
33. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Firma Minox in Lauterburg (Elsaß) das Einleiten von Schwefelbrühe und ähnlicher chemischer Abfälle in den Rhein zu untersagen?
34. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, künftig junge Grenzaufsichtsbeamte des Zolldienstes angesichts der personellen Schwierigkeiten in der Zollverwaltung vom Grundwehrdienst freizustellen, zumal die Ausbildungsmöglichkeiten des Zolldienstes inzwischen denjenigen der Bundeswehr gleichwertig sind?
35. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der bevorstehenden Novellierung des Bundeswahlgesetzes nach den Vorstellungen der Bundesregierung künftig auch solche Personen das Wahlrecht erhalten sollen, denen es nach der bisherigen gesetzlichen Regelung von einem Gericht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entzogen war, und wenn ja, warum hält die Bundesregierung es nicht für bedenklich, daß somit Personen über die Politik des Gemeinwesens mitbestimmen dürfen, die für ihre eigene Person und ihr eigenes Vermögen nicht selbst sorgen und sich nicht selbst vertreten dürfen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. und 5. Februar 1979)?

36. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Welche Folgerung für die Zukunft zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß auch Mitglieder der Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk Bergkamen, die ihren Wohnsitz nicht im Einzugsbereich des Kraftwerks haben, Nutznießer der vom Oberlandesgericht Hamm als nicht sittenwidrig bestätigten Steag-Abfindung sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Hält der Bundesjustizminister die am 16. Mai 1975 im Plenum des Deutschen Bundestages geäußerte Auffassung aufrecht, nach der der Bundesgerichtshof die Annahme oder Nichtannahme einer zivilrechtlichen Revision von seiner jeweils aktuellen Arbeitsbelastung abhängig macht und mit dem Rechtsinstitut der (Annahme-) Revision seine rechtssprechende Tätigkeit selbst steuern darf, nachdem das Bundesverfassungsgericht mehrfach diese Auffassung als verfassungswidrig erklärt hat?
38. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung bei dieser Sachlage eine Änderung der einschlägigen Revisionsvorschriften in der ZPO für erforderlich?
39. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD)
- Welche Erfahrungen sind nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung mit der „Führungsaufsicht“ zur Kontrolle Haftentlassener gemacht worden, und sieht die Bundesregierung insbesondere eine Veranlassung, die in der Öffentlichkeit beanstandeten Mängel (Haftentlassene entlaufen in großer Zahl, sie werden den Führungsaufscheidern nicht rechtzeitig avisiert, sie nehmen keinen Wohnsitz an dem vor der Entlassung genannten Ort) zu beseitigen?
40. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß § 86a des Strafgesetzbuches über die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ bei der Beurteilung von NS-Symbolen an Kriegsspielzeug, wie z. B. Modellflugzeugen, in einzelnen Städten zu völlig unterschiedlicher Ermittlungspraxis der Staatsanwaltschaften geführt hat, und sieht die Bundesregierung in der unterschiedlichen Rechtsauslegung einen Anlaß für eine präzisierende Neufassung des § 86a des Strafgesetzbuches?
41. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die im Einzelhandel z. B. bei Bastelsets und sonstigen Kriegsspielzeugen verwandten NS-Insignien vom Markt fernzuhalten, und was wird sie zukünftig unternehmen, um die Verwendung von Nazi-Emblemen auf dem Spielzeugsektor zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

42. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Zahlen darüber bekannt, in welchem Umfang Lastkraftwagen bzw. Personenkraftwagen an dem Jahresaufkommen bei der Mineralölsteuer und bei der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

43. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Kennt die Bundesregierung die dem o. g. Steueraufkommen gegenüberstehenden Zahlen des Verhältnisses der Benutzung des Straßennetzes, und beabsichtigt sie, zu einer Änderung der Steuerbelastung Alternativen vorzuschlagen?
44. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Was haben die Bundesregierungen seit Ende des Krieges hinsichtlich der Leiden der Zigeuner im Dritten Reich zur Wiedergutmachung (nicht nur in materieller Form) getan?
45. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskünfte über die Zahlungen der Mitgliedstaaten bzw. Rückflüsse an die Mitgliedstaaten der EG über den EG-Haushalt im Jahr 1977 erteilen?
46. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die deutschen Finanzämter in der Lage sind, sich von Behörden der DDR Auskünfte über Geschenksendungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Bürger der DDR erteilen zu lassen?
47. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Hat nach Auffassung der Bundesregierung die Vielzahl der statistischen Erhebungen auf wirtschafts- und finanzpolitischen Gebieten, insbesondere der Finanzverwaltung, und die Fragebögen über die Erforschung der „wirtschaftssystematischen Zuordnung von Unternehmungen“ zu einer unzumutbaren und nicht mehr vertretbaren arbeitsmäßigen Belastung der betroffenen Betriebe und der Selbständigen geführt, so daß der damit verbundene Arbeitsaufwand mit den erforderlichen Erhebungen und Ermittlungen in keinem angemessenen Verhältnis mehr zum Nutzen der Auswertung dieser Statistiken für wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen zugunsten der Wirtschaft steht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie für ihren Verantwortungsbereich daraus?
48. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die erforderliche Initiative zu ergreifen, durch geeignete Maßnahmen die Flut der statistischen Anforderungen zumindest auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet einzudämmen, die Fragebögen zu vereinfachen und zu vereinheitlichen und die Erhebungen und Auswertungen bei einer einzigen Stelle zu konzentrieren?
49. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU) Wann und mit welchem Ziel beabsichtigt die Bundesregierung, die seit Jahren laufenden Verhandlungen über Abbruch oder Neugestaltung des nach Meinung des niedersächsischen Kultusministers „vergammelten“ Hochbunkers auf dem Schulhof der Möser-Realschule in Osnabrück endlich zum Abschluß zu bringen?
50. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, eine Gleichbehandlung der gewerblichen Lohnunternehmer in Maschinenringen gegenüber Landwirten in bezug auf die Mehrwertsteuerbelastung vorzunehmen?
51. Abgeordneter
Flämig
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht der US-Streitkräfte, für den Bau eines Einkaufszentrums für die Angehörigen der US-Streitkräfte Waldgelände in der Gemarkung Wolfgang bei Hanau in Anspruch zu nehmen, obwohl unmittelbar nebenan ein riesiges Areal Brachland neben der US-high school im Eigentum des Bundes und in der Verfügungsgewalt der US-Streitkräfte vorhanden ist?

52. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welchem Umfang und zu welchem Preis wird die Bundesregierung Gelände des Schießplatzes in München-Freimann (Heidemannstraße) abgeben?
53. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Möglichkeit der Sonderabschreibung nach §§ 76, 77, 78 EStDVO auch nach dem 30. Juni 1979 beizubehalten?
54. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wann wird, nachdem die B 500 bis zum Rhein fertiggestellt ist, ein neues Gebäude für das deutsch-französische Gemeinschaftszollamt in Beinheim (Elsaß) errichtet, damit dort auch der Warenverkehr abgefertigt werden kann?
55. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Liegt der Bundesregierung im Rahmen der Zonenrandförderung ein Antrag auf eine Finanzierungsbeihilfe zum Weiterbau der Gesamtschule in Melsungen (Schwalm-Eder-Kreis) vor, die in ihrem Unterrichtsbetrieb gegenwärtig stark behindert ist, und wann ist gegebenenfalls mit einer Finanzierung oder einem Finanzierungszuschuß aus Mitteln der Zonenrandförderung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wie hoch sind die Bundesmittel, die der Firma Siemens AG seit 1975 auf Grund der verschiedenen Förderungs- und Investitionsprogramme zugeflossen sind?
57. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, weshalb die Wiederaufnahme des Baubeginns des Steinkohlekraftwerks Voerde verzögert wird, obgleich rechtliche und ökologische Hemmnisse nicht mehr bestehen und somit mit den Arbeiten begonnen werden könnte, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
58. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte für die Annahme, daß die STEAG die Wiederaufnahme der Bauarbeiten aus Absatzüberlegungen insbesondere im Hinblick auf eine Forcierung von Stromgewinnung aus Kernkraftwerken verzögert, und wird die Bundesregierung unter dieser Voraussetzung eine Absatzgarantie ablehnen?
59. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Was ist aus der Ankündigung der Bundesregierung geworden (Seite 5 der Fortschreibung des Energieprogramms), die „Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung“ bei der Planung zu berücksichtigen und die Versorgungsunternehmen hierzu aufzufordern, und wie hat sie diese Ankündigung im einzelnen verwirklicht?
60. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausstattung von Kraftfahrzeugen mit verbrauchsanzeigenden Geräten, und was ist seit der Ankündigung der Bundesregierung in der Fortschreibung zu diesem Sachverhalt geschehen?

61. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Was ist aus der Ankündigung der Bundesregierung geworden, im Rahmen ihres Energieprogramms gesetzliche Vorschriften vorzuschlagen, die vorsehen, daß in allen Gebäuden mit Zentralheizungen Zentralsteuerungsanlagen eingebaut werden, bzw. daß bei Ersatzbedarf in bestehenden Gebäuden mindestens Fenster mit einer Wärmedämmung doppelt verglaste Fenster eingebaut werden?
62. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Absicht, den Einbau von Thermostatventilen, Heizkostenverteilern und Wärmemengezählern zu beeinflussen, und welche Mittel gedenkt sie, gegebenenfalls hierzu einzusetzen?
63. Abgeordnete
Frau Dr. Riede
(Oeffingen)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Wirtschaft ungedeckte Forderungen in Höhe von rund 750 Millionen DM aus Geschäften mit der Türkei hat, die nicht durch Hermes-Exportkreditversicherungen abgesichert sind, und wird die Bundesregierung — gegebenenfalls durch Verhandlungen mit der türkischen Regierung — tätig werden, damit diese Außenstände entsprechend der Zusage der türkischen Regierung anlässlich des Besuchs von Ministerpräsident Ecevit am 12. Mai 1978 vorrangig bedient werden?
64. Abgeordneter
Peter
(SPD) In welcher Höhe hat die Bundesregierung seit dem Jahr 1976 Mittel zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur für das Saarland zur Verfügung gestellt, und in welchem Umfang sind dieselben tatsächlich in Anspruch genommen worden?
65. Abgeordneter
Peter
(SPD) In welchem Wertumfang sind Betriebe im Saarland in den Jahren 1977 und 1978 an Beschaffungen für die Bundeswehr beteiligt worden, und wie verhält sich der auf die saarländischen Betriebe entfallende Wertanteil im Verhältnis zu den anderen Bundesländern?
66. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Welche Ursachen liegen nach Auffassung der Bundesregierung vor, daß der innerdeutsche Handel 1978 mit einem Volumen von 8,82 Milliarden Verrechnungseinheiten praktisch stagnierte?
67. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Welche Entwicklungen erwartet die Bundesregierung für den innerdeutschen Handel im Jahr 1979?
68. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei, und wie beurteilt sie insbesondere die Feststellung im Jahresgutachten 1977/78, das „wohnungsbaufeindliche Mietrecht“ sei zu korrigieren?
69. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung im Jahresgutachten 1978/79, „beim Niedergang des freifinanzierten Mietwohnungsbaus“ spielte mit einer Rolle, daß die Vergleichsmietenregelung Mieterhöhungen erschwerte und die Rentabilität von Mietwohnungen zusätzlich belastete?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

70. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
(FDP) Mit welchen Förderungsmaßnahmen des Bundes konnte und kann die deutsche Fischerei rechnen, und in welchem Maß wurde und wird von diesem Angebot Gebrauch gemacht?
71. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
(FDP) Wie war die Versorgung mit Fisch auf dem deutschen Markt im Jahr 1978, und welche Prognosen können für 1979 gestellt werden?
72. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die ihr bekannte, von Prof. Dr. Süreyya T. Aygün entwickelte Humanewebe-, Zell- und Organkulturmethode bei medizinischen und biologischen Untersuchungen, insbesondere bei der Entwicklung und Prüfung von Arzneimitteln, die es nach Auffassung des Forschers ermöglicht, künftig auf Tierversuche zu verzichten, und schließt die Bundesregierung hiernach aus, daß es schon heute Alternativmethoden gibt, die die vielseitigen Tierversuche ersetzen oder einschränken können?
73. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Haben sich Forschungsinstitute im Zuständigkeitsbereich des Bundes oder andere deutsche Forschungsinstitute im Auftrag des Bundes mit der von Prof. Dr. Süreyya T. Aygün entwickelten Methode beschäftigt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
74. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Vorschlägen des Salem-Forschungsinstituts für Alternativen zum Tierversuch, das Tierschutzgesetz zu ändern?
75. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung kompetenter Verhaltenswissenschaftler, daß die Käfighaltung von Legehennen nicht mit dem § 2 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes zu vereinbaren ist, in dem bei Massentierhaltungen eine „artgemäße Nahrung und Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung“ gefordert wird, und wenn ja, wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß diese Auffassung von den für die Durchführung des Tierschutzgesetzes zuständigen Stellen beachtet wird?
76. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß wirtschaftspolitische Belange als ein Rechtfertigungsgrund (bzw. „vernünftiger Grund“ gemäß § 1 des Tierschutzgesetzes) zur Duldung tierschutzwidriger Formen der Nutztierhaltung angesehen werden müssen, und wenn nein, wie kann sie ihrer Auffassung gegenüber den für die Durchführung des Tierschutzgesetzes zuständigen Stellen Geltung verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

77. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Zu welchem für Februar 1979 angekündigten abschließenden Ergebnis haben die Überlegungen innerhalb der Bundesregierung und zwischen Bund und Ländern geführt, das Arbeiterlaubnisrecht unter Berücksichtigung der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Belange auf Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer flexibler anzuwenden?

78. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß sich die über eine Umlage aufzubringende Rücklage für das Wintergeld bei der Bundesanstalt für Arbeit infolge der wetterbedingten Zunahme der Ausfalltage ständig erhöht hat?
79. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Wie hoch war diese Aufstockung in den vergangenen Jahren?
80. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang und in welcher Art Unternehmen gegen die Arbeitsstättenverordnung – vor allem im Baugewerbe – verstoßen?
81. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Hält die Bundesregierung die geltenden Strafbestimmungen für ausreichend, um die Anzahl solcher Verstöße so niedrig wie möglich zu halten, bzw. was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun, um das Ausmaß der Verstöße einzuschränken?
82. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß nach der Neuregelung des Kindergelds die im Heimatland lebenden Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die sich über fünfzehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, einen niedrigeren Satz erhalten als bisher, und mit welchem Argument wird diese Festlegung gegebenenfalls begründet?
83. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) In welchem Verhältnis stehen die Mehrfachanrechnungen von Schwerbehinderten durch die Arbeitsverwaltung gegenüber Arbeitgebern der Privatwirtschaft zu den Anrechnungen, die Behörden oder Einrichtungen der öffentlichen Hand gewährt werden?
84. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Wie wird die Mehrfachanrechnung bei Beamten auf Lebenszeit sowie unkündbaren öffentlichen Arbeitern und Angestellten gerechtfertigt?
85. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der publizierten Warnungen von Hautärzten vor eventuell bleibenden Hautschäden bei der Benutzung von sogenannten Sonnenbänken die Tatsache, daß jeder im juristischen Sinne Geschäftsfähige ein „Lichtstudio“ eröffnen darf, in dem mittels „Kunstsonne“ Bräune vermittelt wird, ohne daß vom Betreiber medizinische oder technische Kenntnisse verlangt werden, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
86. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls in ihre Überlegungen auch den Vorschlag der „Schweizerischen Gesellschaft für Dermatologie“ einzubeziehen, wonach die Benutzung dieser UV-Geräte medizinischen Laien gänzlich verboten und sie nur von Krankenhäusern unter strengster Auswahl der Patienten eingesetzt werden sollten?
87. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Änderungsbescheide, z. B. über den Bezug von Arbeitslosenhilfe, die in EDV-Anlagen ausgedruckt werden, für die Betroffenen nicht in ausreichendem Maß deutlich machen, aus welchen Gründen die Änderungen erfolgt sind?

88. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Welche organisatorischen Veränderungen sind nach Auffassung der Bundesregierung notwendig und möglich, um in absehbarer Zeit zu einer verständlichen Form der Änderungsbescheide über Arbeitslosenhilfe zu kommen, und mit welchen Argumenten kann man Behauptungen entgegentreten, daß in zahlreichen Fällen willkürliche Entscheidungen getroffen würden?
89. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß es auszubildende behinderte Menschen gibt, die für die derzeitige Werkstatt für Behinderte „zu gut“ und für das Berufsbildungswerk „zu schlecht“ sind und daher keine ihnen gemäße Ausbildung erhalten können, und wenn ja, wie groß schätzt die Bundesregierung diesen Personenkreis?
90. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Bestimmungen der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (A Reha) vom 31. Juli 1975 dahin gehend zu ändern, daß ein neues Qualifikationsmerkmal für die Berufsbildungswerke eingeführt wird und somit der in Frage 89 beschriebene Personenkreis eine reelle Ausbildungschance erhält?
91. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Rentenversicherungsträger hinsichtlich der rentenrechtlichen Anrechnung von Dienstzeiten bei der Nationalen Volksarmee der DDR danach differenzieren, ob es sich um Zeiten von Offizieren, längerdienenden Unterführern und Mannschaften oder um Zeiten von Wehrpflichtigen handelt, und hält sie dieses Vorgehen für vertretbar?
92. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung bezüglich einer im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt besonders hohen Quote der Arbeitslosigkeit der Kinder von deutschen Aussiedlern, und welche Programme gibt es zu ihrer Überwindung?
93. Abgeordneter
Glombig
(SPD) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, in welchem Umfang der Bund und die Länder in den Jahren 1975, 1976 und 1977 der Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz nachgekommen sind?
94. Abgeordneter
Glombig
(SPD) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um der zum Teil völlig unbefriedigenden Beschäftigungssituation Schwerbehinderter bei Arbeitgebern der öffentlichen Hand entgegenzuwirken?
95. Abgeordneter
Glombig
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, warum die Meldungen über die Beschäftigung Schwerbehinderter durch private und öffentliche Arbeitgeber zu einem großen Teil verspätet eingehen, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um dem entgegenzuwirken?
96. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, durch Änderung des Bundessozialhilfe- und des Arbeitsförderungsgesetzes dem daraus berechtigten Personenkreis künftig das Kindergeld ohne Anrechnung zukommen zu lassen?

97. Abgeordnete
Frau
Hürland
(CDU/CSU) Hat das Bundesarbeitsministerium — wie in der Presse verlautbart — erklärt, daß es weiterer 3 000 bis 4 000 Betriebsärzte bedarf, um den Anforderungen des Arbeitssicherheitsgesetzes gerecht zu werden, obwohl die tatsächliche Zahl der neben oder hauptamtlich tätigen Betriebsärzte noch nicht bekannt ist, und wenn ja, worauf stützt die Bundesregierung diese Aussage?
98. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Mitteilung des Schwedischen Strahlen-Schutz-Instituts (SSI) (siehe Süddeutsche Zeitung vom 26. Februar 1979, Seite 8), daß in bestimmten Häusern mit dem sogenannten blauen Leichtbeton und in bestimmten Gegenden die radioaktive Gefährdung durch Radongas zu Gesundheitsschäden führt im Hinblick auf ihre Maßnahmen zur Wärmedämmung in Wohnungen, und welche Folgerungen zieht sie für die Bundesrepublik Deutschland aus den Untersuchungsergebnissen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

99. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand, daß innerhalb unserer Bundeswehr für am gleichen Ort und zur gleichen Zeit ausgeführte Tätigkeiten sehr unterschiedliche Bezahlungen erfolgen, indem z. B. bei militärisch- und zivilbesetzten Einheiten Arbeiter und Angestellte durch Überstundenvergütung, Erschwerniszulagen, Auswärtszulagen und weitere Vorteile gegenüber dem vergleichbaren Soldaten zu erheblich höheren Gesamtbezügen kommen?
100. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gewillt, diesen Zustand so zu belassen, oder strebt sie hier eine verbesserte und gerechtere Lösung an, und welche Überlegungen sind in diesem Zusammenhang gegebenenfalls angestellt worden?
101. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob weit über 10 000 Zivildienstplätze unbesetzt sind, während zehntausende von Wehrpflichtigen wegen nicht durchgeführter Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer weder Dienst in der Bundeswehr noch als Zivildienstler leisten, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun, damit die Hilfsorganisationen die zugeteilten Stellen wieder rasch besetzen können?
102. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung die vom Führungsstab der Streitkräfte im Bundesverteidigungsministerium erarbeitete Studie Ende Dezember 1977 wieder eingezogen und vernichtet hat, und wenn ja, aus welchen Gründen?
103. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß gerade im Bereich der Menschenführung die von der Studie festgestellten „schwerwiegenden Probleme“ ausgeräumt werden müssen, und was hat sie hinsichtlich dieser Problematik unternommen?
104. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Kann der Bundesverteidigungsminister mitteilen, wann mit dem Erlaß neuer Richtlinien für die Einweisung von Hauptfeldwebeln/Hauptbootsmännern in Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 zu rechnen ist?

105. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Wann ist nunmehr damit zu rechnen, daß das wegen der aufgegebenen Depotplanungen der Bundeswehr in Rennerod freizugebende Gelände an die Stadt Rennerod übertragen wird?
106. Abgeordneter
Peter
(SPD) Wie viele Angehörige der Bundeswehr sind im Saarland stationiert bzw. als Zivilbedienstete tätig?
107. Abgeordneter
Peter
(SPD) Wie hoch ist der Anteil saarländischer Wehrpflichtiger, die nach den jetzigen Kriterien heimatfern einberufen werden, und wie verhält sich diese Zahl zu dem Anteil der heimatfern einberufenen Wehrpflichtigen in den anderen Bundesländern?
108. Abgeordneter
Peter
(SPD) In welcher Höhe leistet der Bund gegenwärtig Zahlungen pro Jahr für die im Saarland stationierten Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr, soweit es sich um Sold, Gehalt oder Lohn handelt?
109. Abgeordneter
Peter
(SPD) Welche Mittel wurden seit 1969 in Einrichtungen der Bundeswehr im Saarland investiert, bzw. welche Investitionsprojekte werden gegenwärtig abgewickelt oder befinden sich in der Vorbereitung?
110. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister bestätigten Vorauszahlungen im Rahmen von Materialteil- und Serieneinleitungsverträgen Pauschalzahlungen sind, für die die Erfüllung spezifizierter Leistungskriterien keine Voraussetzung ist, und trifft es zu, daß bei Großprojekten — insbesondere im Luftwaffen/Luftfahrtbereich — Vorauszahlungen von 33 v. H. üblich sind?
111. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Werden mit diesem Verfahren Millionenbeträge zinslos zum privaten Nutzen der Empfänger vergeben, während dem Steuerzahler gleichzeitig zugemutet wird, die im Rahmen der Kreditaufnahme der Bundesregierung anfallenden Kapitalkosten zu tragen, und teilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Ansicht, daß es dringend geboten erscheint, diese Vertragspraxis zugunsten leistungsorientierter Vertragsverfahren zu ändern?
112. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch entsprechende Vertragsgestaltung erhebliche Haushaltsmittel eingespart werden können und daß ebenso durch eine effizientere Abwicklung von Rüstungsprogrammen zusätzliche Haushaltsmittel verfügbar werden, die zur Finanzierung dringender Fürsorgemaßnahmen verwandt werden könnten, wie z. B. der wahlweisen Auszahlung der Familienheimfahrten für Wehrpflichtige, der Erhöhung des A 9-Anteils für Hauptfeldwebel, für Teillösungen zur Behebung des Verwendungs- und Beförderungsstaus, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
113. Abgeordneter
Augstein
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß, wie im Leserbrief des Unteroffiziers Röhrig im „Spiegel“ vom 19. Februar 1979, Seite 10, behauptet, im Bundeswehrjargon der Begriff „Café Eichmann“ verwendet wird für den Raum, in den Gas geleitet wird, um die Gasmasken zu überprüfen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?

114. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß unsere ständig bedrohlicher werdende militärische Unterlegenheit gegenüber dem Osten weniger große Sorgen bereitet, als die seit Jahren verlangte hohe Dienstzeitbelastung unserer Soldaten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
115. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) In welchem Umfang ist die Sportschule der Bundeswehr in Warendorf ausgelastet, und welche Benutzungskonzeption verfolgt der Bundesverteidigungsminister für diese zentrale Sporteinrichtung der Bundeswehr?
116. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) Trifft es zu, daß die Benutzung der Sportschule der Bundeswehr in Warendorf durch Nicht-Bundeswehrangehörige (z. B. Leistungssportler und örtliche Vereine) seit Dezember 1978 nicht mehr möglich ist, und teilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Auffassung, daß eine solche Haltung im Widerspruch zu der bisherigen Praxis steht, daß auch die Sportanlagen der Bundeswehr in der nicht voll genutzten Zeit durch Sportvereine und Sportverbände benutzt werden können?
117. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hat das Bundesverteidigungsministerium inzwischen seine Untersuchungen zum Thema „Neuordnung des Museumswesens der Bundeswehr“ abgeschlossen, bzw. wann ist mit einem Abschluß zu rechnen?
118. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung vor einem Informationsbesuch bei der Führungsakademie unserer Bundeswehr die Auffassung vertrat, durch die Hochschulausbildung unserer Offiziere sei offensichtlich die qualifizierte Ausbildung an der Führungsakademie zukünftiger höherer Offiziere überholt und könne wahrscheinlich abgeschafft werden, und wie sieht augenblicklich die beabsichtigte Neuordnung in der Ausbildung an der Führungsakademie aus?
119. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Welche Beträge werden durch den Bund für wie viele Grundwehr- und Ersatzdienstleistende pro Jahr insgesamt und pro Person pro Monat aufgewendet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

120. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU) Stimmt es, daß die Bundesregierung in einem Erlaß zur Heimmindestpersonalverordnung unter den Kriterien der fachlichen Eignung des Leiters die Vorbildung als Theologe ausgeklammert hat?
121. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU) Wie steht sie zu der Tatsache, daß allein im Verband für geistig und seelisch Behinderte, der vierzig Einrichtungen umfaßt, achtunddreißig Heime von Theologen über viele Jahre erfolgreich geleitet werden?
122. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Wann und wem wird die Bundesregierung nunmehr den zugesagten Bericht über die Ergebnisse des endgültigen Abschlußberichts des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie zu Fragen des Psychotherapeutengesetzes (siehe Antwort des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit auf meine Fragen B 109 und B 110, Stenographischer Bericht über die 129. Sitzung) vorlegen?

123. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD) Was unternimmt die Bundesregierung, um auch für die Minderheit der Zigeuner den Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes, „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, . . . benachteiligt oder bevorzugt werden“, Wirklichkeit werden zu lassen?
124. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU) Welcher der in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Beträge zwischen 40 bis 80 Millionen DM für Modellvorhaben in der psychiatrischen Versorgung entspricht den tatsächlichen Absichten der Bundesregierung?
125. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU) Für welchen Zeitraum und für welche Art von Modellen wird die Bundesregierung den in Frage 00 zu nennenden Betrag verwenden?
126. Abgeordneter **Merker** (FDP) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang gesundheitliche Schädigungen bei Neugeborenen vorkommen, die während des Geburtsvorgangs aufgetreten sind, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
127. Abgeordneter **Merker** (FDP) Ist die Bundesregierung bereit, eine Meldepflicht einzuführen für alle Schädigungen an Neugeborenen, die vor, während oder unmittelbar nach der Geburt eintreten?
128. Abgeordneter **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung gegen die insbesondere für Kinder irreführende Etikettierung chemischer Produkte (z. B. Waschmittel) mit Abbildungen von Lebensmitteln (z. B. Äpfel) zu unternehmen, um gesundheitliche Gefährdungen zu verhindern?
129. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) Inwieweit werden die sogenannten Neuen Jugendreligionen, wie Mun-Sekte, Kinder-Gottes oder Scientology-Church, durch die Bundesregierung als Religionsgemeinschaften anerkannt, und welche konkreten Voraussetzungen müssen durch solche Organisationen nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt sein, um beispielsweise steuerliche Erleichterungen zuerkannt zu erhalten?
130. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, einen Bericht über Jugendsekten vorzulegen, wie das beispielsweise der Sozialminister von Rheinland-Pfalz getan hat, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung generell ergreifen, um in der Öffentlichkeit auf die Gefahren solcher Jugendsekten hinzuweisen?
131. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) Wie viele Menschen sind nach Schätzung der Bundesregierung in Kontakt mit solchen Jugendsekten bisher gekommen?
132. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU) Plant die Bundesregierung konkrete juristische Schritte, um den Gefahren dieser Jugendsekten entgegenzuwirken, und wenn ja, welche?
133. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es ungebührlich lange Wartezeiten bei Herzoperationen gibt, die dazu führen, daß jährlich etwa 800 bis 1700 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sterben müssen, weil sie nicht rechtzeitig operiert werden können, und was kann nach ihrer Meinung getan werden, um die Bundesrepublik Deutschland ausreichend mit Herzzentren zu versorgen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

134. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Wieweit sind die Überlegungen der Bundesregierung zur angekündigten Revision der Schiffsbesetzungs- und -ausbildungsordnung, welche Änderungen werden nach dem jetzigen Stand angestrebt, und wann ist mit der Vorlage eines Entwurfs zu rechnen?
135. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Hält die Bundesregierung eine gutachterliche Untersuchung der Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs, insbesondere in ländlich strukturierten Räumen, für angezeigt, und wäre sie bereit, daraus entsprechende Empfehlungen für das Angebot an öffentlichen Nahverkehrsmitteln herzuleiten?
136. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche Investitionen in welcher Höhe hat die Deutsche Bundesbahn seit 1974 bis heute bei den unterfränkischen Schienenstrecken (Gmünden – Bad Kissingen, Jossa – Wildflecken, Bad Neustadt – Bischofsheim, Breitengüßbach – Maroldsweisach, Haßfurt – Hofheim, Schweinfurt – Kitzingen/Et-washausen, Seckach – Miltenberg und Wertheim – Miltenberg) vorgenommen?
137. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wieviel Arbeitsplätze sind seit 1974 bis heute bei der Deutschen Bundesbahn in Unterfranken eingespargt worden?
138. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wieviel Arbeitsplätze sind seit 1974 bis heute bei der Deutschen Bundespost in Unterfranken eingespargt worden?
139. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine Abkehr vom Beamtenrecht die Situation der Deutschen Bundesbahn verbessert werden könne, oder wird sie auch künftig am Beamtenrecht festhalten, weil nur hierdurch – so wie es der Deutsche Beamtenbund sieht – gewährleistet ist, daß die Deutsche Bundesbahn ihr Dienstleistungsangebot „sicher und kontinuierlich“ erbringt?
140. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Konnten die schon im Juli 1977 angekündigten Überlegungen der Bundesregierung, die Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hinsichtlich des Lärmschutzes von Wohngebieten entlang der Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Eisenbahnen und Straßenbahnen zu verbessern bzw. zu ergänzen, inzwischen zu einem für die Praxis verwendbaren Ergebnis geführt werden?
141. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Wird dieses Ergebnis seinen Niederschlag in einer alsbaldigen positiven Entscheidung über die Errichtung von Straßenlärmschutzanlagen in Form von Lärmschutzwänden und Lärmwänden entlang der Bundesautobahn Walldorf – Weinsberg – Stuttgart und der Bundesautobahn Weinsberg – Nürnberg im Stadt- und Landkreis Heilbronn und entlang der Bundesstraßen im Stadt- und Landkreis Heilbronn führen?
142. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Zahlen sind der Bundesregierung über das von deutscher und französischer Seite vor Fertigstellung der Mosel als europäischer Schifffahrtsstraße prognostizierte, über das heute tatsächlich vorhandene und über das in den nächsten Jahren (ohne Berücksichtigung der Frachten von und nach dem Saarland) zu erwartende Frachtaufkommen bekannt?

143. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Auslastung ergibt sich daraus jeweils für die Moselschleusen?
144. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung der Moselschleusen ergeben sich nach den verschiedenen Prognosen über das Frachtaufkommen auf der Saar nach dem Ausbau der Saar zur europäischen Schifffahrtsstraße, und welche dieser Prognosen legt die Bundesregierung bei ihren Überlegungen zu Grunde?
145. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Gibt es, insbesondere unter dem Eindruck und auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 1978/79, Forschungsaufträge, die sich mit der Frage des Streumaterials auf Straßen und Autobahnen des Bundes und mit dessen Auswirkungen auf die Ökologie beschäftigen, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls Konsequenzen im Sinne einer Verwendung umweltschonenderen Streumaterials ziehen?
146. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Hält die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf die erhobenen ökologischen Bedenken weitere Aufwendungen für die bereits seit langem laufenden Untersuchungen der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, die Schnellbahnstrecke Köln – Groß-Gerau der Deutschen Bundesbahn im Ballungsgebiet Rhein-Main zu bauen, für vertretbar, und wann ist mit einer endgültigen Entscheidung im Rahmen der Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung zu rechnen?
147. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Wann ist mit dem Bau der neuen Bundesstraße 53 zwischen Trier-Biewer und Trier-Quint, die wegen des unerträglich starken Durchgangsverkehrs in den Trierer Stadtteilen Ehrang und Biewer schon seit vielen Jahren geplant ist und immer wieder hinausgeschoben wurde, zu rechnen?
148. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, mit aller Kraft für einen baldigen und vollständigen Abschluß des Planfeststellungsverfahrens zu sorgen und hierbei bezüglich des wichtigen Problems der Kreuzung der B 53 mit den Gleisanlagen der Deutschen Bundesbahn im Bereich des Bahnhofs Ehrang der umweltfreundlichen und landschaftsschützenden Lösung einer Unterführung – entsprechend den Vorstellungen der Stadt Trier – zuzustimmen?
149. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welchen Grad von Lärmbelästigung hat die linksrheinische Autobahn A 61 im Bereich der Ortslage Erftstadt – Gymnich inzwischen erreicht, und ist die Bundesregierung bereit, an dieser Autobahn im Bereich dieser Ortslage entsprechende Lärmschutzmaßnahmen vorzunehmen, zumal die Ortschaft Gymnich darüber hinaus noch durch den im Westen gelegenen Natoflugplatz Nörvenich weitere Lärmeinwirkungen hinzunehmen hat?
150. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann ist mit dem Bau der Ortsumgehung Erftstadt-Liblar im Zuge des Ausbaus der Bundesstraße B 265 zu rechnen, und ist beabsichtigt, bei der Fortschreibung des Programms des Bundesverkehrsministers zum Bau von Ortsumgehungen an Bundesfernstraßen diese Ortsumgehungen im Jahr 1980 in das Programm miteinzubeziehen?

151. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Kann der Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen inzwischen den Abschluß der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitssituation am Flughafen Bremen bestätigen (siehe Antwort vom 7. Juni 1978 — Drucksache 8/1850, Teil B Nr. 72 und 73), und wenn nein, wann ist mit der Fertigstellung der Arbeiten zu rechnen?
152. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Kann der Bundesverkehrsminister Informationen bestätigen, nach denen die Deutsche Bundesbahn die Absicht hat, die Haltestelle Ihrhove und Steenfelde schon mit Beginn des Sommerfahrplans aufzuheben, und ist er gegebenenfalls bereit, sich diesen Plänen zu widersetzen, damit die Verkehrsversorgung der 16 000 Einwohner zählenden Gemeinde Westoverledingen wenigstens im bisherigen Umfang erhalten bleibt?
153. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Hält die Bundesregierung die Pläne der Deutschen Bundesbahn (DB) zur Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße, insbesondere im Zonenrandgebiet, für vereinbar mit den Verpflichtungen, die sich für die Bundesregierung aus dem Raumordnungsgesetz und dem Zonenrandförderungsgesetz ergeben?
154. Abgeordneter
Ludewig
(FDP) Geht die Bundesregierung davon aus, daß die Rentabilitäts Gesichtspunkte, auf die sich die DB beruft, im Zonenrandgebiet nicht entscheidendes Kriterium für Umstellung oder Streckenstilllegung sein dürfen, und daß darüberhinaus erhebliche Zweifel an der Begründung dazu, nämlich der Kosten-Nutzen-Rechnung der DB, vorgebracht werden, die erst anerkannt werden könnten, wenn die für die Bundesregierung entscheidenden Maßstäbe und Gesichtspunkte offengelegt sind?
155. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Hat die Bundesregierung Erfahrungen gesammelt und ausgewertet, ob die Zahl der Kinderunfälle an Bahnübergängen, die durch Blinklichtanlagen mit Halbschranken gesichert sind, größer ist als an Vollschranken?
156. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchem Verhältnis zueinander Unfälle von Fußgängern und Radfahrern, insbesondere Kindern, zu Unfällen von Kraftfahrzeugen an Bahnübergängen stehen, die durch Blinklichtanlagen mit Halbschranken gesichert sind?
157. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Ist die Gefährdung von Kindern als Fußgänger und Radfahrer an Bahnübergängen mit Halbschranken größer als die Gefährdung von Fahrzeugen, die zwischen automatisch bediente Vollschranken geraten könnten, wenn sie das rote Blinklicht nicht beachten, und wenn ja, welche Folgerungen werden daraus gezogen?
158. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Entscheidung für automatische Halbschranken an Bahnübergängen, die an viel benutzten Schulwegen liegen, zu überprüfen und damit im Rahmen des kürzlich verkündeten Programms zur besseren Sicherung von Schulwegen einen Beitrag gegen die hohe Zahl von Kinderunfällen zu leisten?

159. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn die Signalmeisterei Regensburg und den dazugehörigen Werkstättenbetrieb auflösen und nach Nürnberg verlegen will?
160. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, landwirtschaftliche Zugmaschinen über 55 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h von der Fahrerschreiberpflicht zu befreien?
161. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß zukünftig das Briefporto für die gesamte Europäische Gemeinschaft einheitlich geregelt wird, um auf diese Weise mit der merkwürdigen Situation Schluß zu machen, daß Briefe nach Martinique und Guadeloupe 0,60 DM kosten, nach Dänemark, Großbritannien und Irland jedoch 0,80 DM?
162. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den im Telefonverkehr sehr beliebten Nachttarif auf das Gebiet der Europäischen Gemeinschaft auszudehnen, und ist sie bereit, in dieser Richtung eine Initiative zu ergreifen?
163. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Trifft es zu, daß Besitzer von Rundfunkgeräten mit nicht zugelassenen Frequenzbereichen ermittelt und bestraft wurden, obgleich es zulässig ist (bzw. nicht verboten), solche Geräte in der Bundesrepublik Deutschland zu kaufen und zu verkaufen und obgleich die Rundfunkteilnehmer nicht oder nur völlig unzureichend darüber informiert wurden, welche Frequenzbereiche zugelassen sind, und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß unzulässige Empfangsgeräte in der Bundesrepublik Deutschland nicht länger ge- und verkauft werden können und daß die Tonrundfunk- und Fernsehteilnehmer ausreichend über die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen informiert werden?
164. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Verstößt die Verwendung des amerikanischen Radarwarngeräts „Super Snooper“ nach Ansicht der Bundesregierung gegen die Bestimmungen des Fernmeldeanlagengesetzes oder gegen andere einschlägige Rechtsvorschriften, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um angesichts der widersprüchlichen Beurteilungen dieses Problem durch verschiedene Landgerichte für Rechtsklarheit zu sorgen?
165. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Bediensteten der Deutschen Bundespost — analog der Freifahrermöglichkeiten der Bediensteten der Deutschen Bundesbahn — die kostenlose oder etwa durch Verzicht auf die Grundgebühr ermäßigte Benutzung je eines Privattelefons einzuräumen?
166. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Bestehen Absichten, im Rahmen einer geplanten Neuordnung der Aufbauorganisation im Bahnpostdienst die Bahnpostdienststellen Nürnberg und Würzburg aufzulösen und sie als sogenannte Außenstellen dem Bahnpostamt München zu unterstellen?
167. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Wenn ja, welche Vorteile verspricht sich die Bundesregierung von einer derartigen Lösung im sozial-humanen Bereich für das Personal sowie in betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht?

168. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Trifft der Sachverhalt zu, den die Bezirksverwaltung Hessen der Deutschen Postgewerkschaft in ihrer öffentlichen Stellungnahme vom 16. Februar 1979 zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ und dringend notwendiger Einstellungen zum Ausdruck bringt, indem sie feststellt, daß ein Antrag der Oberpostdirektion Frankfurt/Main (OPD Ffm.) vom 29. November 1978 auf 109 Einstellungen von Fernmeldehandwerkern beim Bundespostministerium vorliegt und seit Dezember 1978 ein Antrag der OPD Ffm. von 780 Einstellungen im Postdienst beim Bundespostministerium ebenfalls vorliegt und bis heute keine Einstellungsgenehmigung erteilt wurde?
169. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Sind darüber hinaus 600 weitere notwendige Nachwuchskräfte durch einen beabsichtigten Genehmigungsvorbehalt des Bundespostministeriums gefährdet?
170. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU)
- Wenn ja, warum verweigert die Bundesregierung bisher die Zustimmung zu den verschiedenen Einstellungsanträgen der OPD Ffm., zumal die Bezirksverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft Hessens von 2 500 Einstellungsmöglichkeiten bei hessischen Postämtern und von einem Überstundenaufkommen von 600 000 Überstunden in den Postämtern bei einem gleichzeitigen Urlaubsrückstand aus 1977 und 1978 spricht?
171. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Wann und an wen beabsichtigt die Deutsche Bundespost, ihr ca. 600 ha umfassendes Gelände in Woltersdorf (Landkreis Lüchow-Dannenberg) zu verkaufen?
172. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CSU/CSU)
- Treffen Informationen zu, denen zufolge das Bundesinnenministerium einen Teil des Geländes an die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen weiter verkaufen wollte, und wenn nein, sind Weiterverkäufe an interessierte Landwirte vorgesehen?
173. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Welche Poststellen I und II im Bereich des Hochtaunuskreises werden nach dem derzeitigen Stand der Planungen der Arbeitsgruppe bei der Deutschen Bundespost, wie dies in der Antwort der Bundesregierung auf die Frage Nr. 133 aus Drucksache 8/2561 erwähnt wurde, für eine Verkleinerung oder Auflösung in Betracht gezogen?
174. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß nach den Berechnungen der Deutschen Bundespost für das Jahr 1979 zur Bewältigung ihrer Aufgaben 460 000 Arbeitskräfte erforderlich sind und durch eine Sofortverfügung die Zahl der arbeitseinsatzfähigen Kräfte bei der Deutschen Bundespost auf 450 000 für das Jahr 1979 festgeschrieben worden ist?
175. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß im Jahr 1978 über 13 Millionen Überstunden bei der Deutschen Bundespost geleistet worden sind?
176. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD)
- Wie ist das Fernleitungsnetz der Deutschen Bundespost im Harz im Vergleich zu anderen Räumen in der Bundesrepublik Deutschland ausgebaut, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls eine vorrangige Verbesserung des Leitungsnetzes auch im Hinblick auf eine verstärkte Telefonbenutzung in der Zeit der Billigtarife durch rund 1,8 Millionen Urlaubsgäste im Jahr für geboten?

177. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD)
- Wann kann nach Meinung der Bundesregierung unter besonderer Berücksichtigung der fremdenverkehrsgeprägten Struktur mit einer Verbesserung des Telefonnetzes im Harz gerechnet werden?
178. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß etwa seit Frühjahr 1978 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen Bundesbürger eingeleitet wurden, die in Unkenntnis der einschlägigen Vorschriften Tonrundfunkempfänger gekauft hatten, welche neben den üblichen Wellenbereichen Lang-, Mittel- und Kurzwelle sowie den UKW-Rundfunkbereich zusätzlich noch andere UKW-Bereiche aufwiesen, und warum wird der Verkauf derartiger Geräte dem Handel nicht verboten oder an alle Tonrundfunk- und Fernsehteilnehmer eine Informationsschrift herausgegeben, die vor dem Kauf dieser Geräte warnt?
179. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Welches waren die Gründe für die von der Deutschen Postgewerkschaft öffentlich kritisierte kurzfristige Entscheidung der Deutschen Bundespost, im Bereich der Fernmeldeämter der Oberpostdirektion München 83 Junghandwerker, die wegen ihrer guten Leistungen vorzeitig die Prüfung abgelegt hatten, trotz vorheriger mündlicher Zusage und trotz eines dringenden Bedarfs von 129 Junghandwerkern nicht mehr zu übernehmen, und sieht die Bundesregierung noch eine Möglichkeit, daß die vom Postverwaltungsrat ergangene Personalfestschreibung wieder gelockert wird?
180. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Überwacht die Deutsche Bundespost Telefongespräche von Kunden, die sich über die Höhe ihrer Telefongebühren beschwert haben, und wenn ja, nach welchen Kriterien und auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage, und was geschieht mit den auf diese Art gesammelten Daten?
181. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß im Bereich Hessen für über 400 Fernmeldehandwerker Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen, dagegen aber „600 dringende Einstellungsmöglichkeiten von jugendlichen Nachwuchskräften für den Fernmeldedienst durch einen beabsichtigten Genehmigungsvorbehalt des Bundespostministeriums gefährdet“ seien, und wie ist diese Situation im Bereich der Deutschen Bundespost in anderen Bundesländern?
182. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß sich das Überstundenaufkommen in hessischen Postämtern zwischen 5 000 bis 6 000 Stunden bewegt, obwohl teilweise der Erholungsurlaub von 1977/78 noch nicht abgewickelt sein soll, und „bei einigen Postämtern nur knapp die Hälfte der Beschäftigten ihren Urlaub für 1979 erhalten wird“?
183. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu der Verfügung des Bundespostministers vom 19. Februar 1979 zur Nichteinstellung von auslernenden Fernmeldehandwerkern, von der allein im Bereich der Oberpostdirektion über 100 jugendliche Nachwuchskräfte für den Fernmeldedienst betroffen sind, und wie verträgt sich diese Maßnahme mit der finanziellen Gewinnsituation der Deutschen Bundespost und der Tatsache, daß ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

184. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit eine Erhöhung der im Jahr 1940 eingeführten Höchstgrenze von 4 v. H. bei den Dividenden gemeinnütziger Gesellschaften herbeizuführen?
185. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, das in ihrem Bericht über Erfahrungen mit dem Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz angesprochene Problem der Verpflichtung des Vermieters, vermietete Wohnräume zu beheizen, ihrem wesentlichen Inhalt nach im Gesetz zu regeln, namentlich im Hinblick auf eine Festlegung der sogenannten Heizungsperiode und die Bestimmung der Voraussetzungen, bei denen auch außerhalb dieser Zeit eine Heizungsspflicht besteht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

186. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausreisewillige Bürger der DDR, die diesen Willen durch formelle Anträge bekundet hatten, nicht nur keine Ausreisegenehmigung oder auch nur eine Antwort erhielten, sondern im Gegenteil ihre Ausweispapiere abliefern mußten und somit zum Verbleib an ihrem Wohnort gezwungen sind und darüber hinaus in ihrem Beruf deutlich zurückgestuft werden?
187. Abgeordneter
Erhard
(Bad
Schwalbach)
(CDU/CSU) Für den Fall, daß diese Vorgänge der Bundesregierung bekannt sind, was hat sie gegen diesen Verstoß gegen die Menschenrechte und die KSZE-Schlußakte von Helsinki unternommen, oder was gedenkt sie dagegen zu tun?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

188. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Kooperation gibt es im Verantwortungsbereich der Bundesregierung mit Großbritannien auf dem Gebiet der Kernenergieforschung und -entwicklung, und ist eine Ausweitung, insbesondere auf den Gebieten des Schnellbrüters und der Wiederaufarbeitung, geplant?
189. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Kann die Bundesregierung erklären, warum die deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit soviel umfangreicher ist als die deutsch-britische, obwohl Großbritannien den gleichen technischen Entwicklungsstand aufweist und die Energiepolitik der beiden Länder sich vielmehr ähnelt?
190. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Sieht die Bundesregierung ein Mißverhältnis zwischen den finanziellen Aufwendungen für das Aktionsprogramm „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ und den Aufwendungen zur „Modernisierung der Wirtschaft“, und soll gegebenenfalls dieses Mißverhältnis zugunsten der Mittel für das Aktionsprogramm Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens verbessert werden?

191. Abgeordneter
Amling
(SPD) Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen aus Altreifen mit Hilfe der Pyrolyse Öl gewonnen werden kann, und dieses Forschungsprojekt mit Bundesmitteln gefördert wird?
192. Abgeordneter
Amling
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß auf diesem Wege Öl hergestellt werden sollte, das dann in den Verbrauch gelangen soll, oder ist bei diesem Projekt lediglich an Forschungsaufgaben gedacht, um die Umwandlung von Altreifen allgemein zu ergründen?
193. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen für die Uranversorgung der Bundesrepublik Deutschland sieht die Bundesregierung aus den französischen Bestrebungen erwachsen, den Euratom-Vertrag in wesentlichen Kapiteln zu revidieren?
194. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, der Euratom-Vertrag würde obsolet, wenn Frankreich, um seine durch den Vertrag eingeschränkte Souveränität wieder zu gewinnen, einseitig aufkündigt oder aber sich an dieses Vertragswerk nur noch gebunden fühlt, wenn durch entsprechende Änderungen des Vertrags gewährleistet wird, daß Frankreich die angestrebte Erweiterung der Souveränität erreicht?
195. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Trifft es nach Ansicht der Bundesregierung zu, daß die von Frankreich angestrebten Veränderungen des Euratom-Vertrags die Exportkraft der deutschen Nuklearwirtschaft gegenüber der französischen beeinträchtigen können, und wenn ja, welche Folgen zieht sie daraus?
196. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Anzeichen dafür vor, daß Frankreich die Revidierung des Euratom-Vertrags, soweit er die Forschung betrifft, nicht zu ändern beabsichtigt, weil es beispielsweise die Fusionsforschung (Jet-Projekt) weder technologisch noch finanziell allein bewältigen kann?
197. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) In welcher Weise sind die im Aktionsprogramm des „Programms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ angekündigten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen bisher „weiter konkretisiert“ worden, und welche Stelle nimmt die Konkretisierung der im Aktionsprogramm der Bundesregierung genannten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen vor?
198. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Ist mit „Konkretisierung“ die präzise Beschreibung der Projektziele gemeint?
199. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Bedeutet die Formulierung, daß „in der Regel“ die im Aktionsprogramm genannten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen öffentlich bekanntgegeben oder ausgeschrieben werden, daß Projekte auch auf anderem Wege als dem über die öffentliche Ausschreibung vergeben werden, und in welcher Weise finden die öffentlichen Bekanntgaben und öffentlichen Ausschreibungen statt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

200. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Berichte bekannt, wonach Lehrer, die Kinder ausländischer Arbeitnehmer in deren Heimatsprache unterrichten, vielfach nicht Deutsch lernen wollen und sich auch einer Zusammenarbeit mit ihren deutschen Kollegen verschließen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus, falls auch sie in dieser Einstellung einen Widerspruch zu dem Anliegen sieht, die Verbesserung der beruflichen Chancen und die soziale Integration durch Erlernen der deutschen Sprache bei den ausländischen Arbeitnehmern, insbesondere bei den Jugendlichen, zu erleichtern?
201. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls in Verbindung mit den Bundesländern den in den jeweiligen Heimatsprachen unterrichtenden Lehrern nur dann die Lehr- und Arbeitserlaubnis zu geben, wenn diese bereit sind, Mindestkenntnisse in der deutschen Sprache nachzuweisen bzw. sich anzueignen?
202. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Warum hat sich die Bundesregierung in ihrer Antwort (Drucksache 8/2566) auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 8/2522) nicht zu den folgenden Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner geäußert, „Die Zahl der Hauptschul- und Realschulabsolventen wird im nächsten Jahr ihren Höhepunkt erreichen. Das heißt, daß ab 1980 die Zahl der Jugendlichen, aus denen sich hauptsächlich der handwerkliche Nachwuchs rekrutiert, zurückgehen wird. Lediglich dann, wenn wesentlich mehr Abiturienten als bisher Lehrstellen nachfragen würden, könnte diese Nachfrage noch über 1980 hinaus ansteigen. Doch selbst dann, wenn diese Nachfrage der Hochschulberechtigten nach Lehrstellen von heute 11 v. H. auf 30 v. H. ansteigen sollte, würde sich der zusätzliche Lehrstellenbedarf 1983 nur auf 65 000 Stellen mehr als 1978 belaufen“, obwohl erkennbar die Fraktion der CDU/CSU wegen der politischen Bedeutung gerade diese Punkte bewertet wissen will?
203. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung nunmehr, unverzüglich die bezeichneten Teile der Frage 202 zu beantworten, und wird sie ferner zu der in Frage 2 der Kleinen Anfrage angesprochenen Verunsicherung der auszubildenden Betriebe Stellung nehmen?

Bonn, den 2. März 1979

